

Bibl.

Allgemeines Jüdisches Familienblatt

Leipziger Jüdisches Familienblatt * Leipziger Jüdische Zeitung

WOCHENBLATT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES JUDENTUMS

Anzeigenpreise: 6 gespalt. mm-Zeile 15 Pf., 3 gespalt. Textzeile 60 Pf., Familienanzeigen für Abonnenten gegen Vorzeigung der bezahlten Monatsquittung ermäßigte Preise. Anzeigen werden in unseren Geschäftsstellen entgegengenommen. Anzeigenschluß Dienstag abend. Anzeigengebühren von auswärts werden auf Postcheckkonto Leipzig Nr. 216 99 unter „Allg. Jüd. Familienblatt“ erbeten. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und für Platzvorschrift kann keine Gewähr geleistet werden. Bei Klagen gilt die Zuständigkeit des Amtsgerichts Leipzig als vereinbart.

Verlag und Redaktion:
Allgemeines Jüdisches Familienblatt
Leipzig, Gerberstraße 48/50 — Telefon 215 16
Postcheckkonto Nr. 216 99

Erscheint jeden Freitag. — Redaktionsschluß Dienstag mittag
Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Bezugspreise: Abonnenten werden bei allen Postämtern angenommen. Postbezug 80 Pfennige monatlich, 2,40 Mark vierteljährlich exkl. Bestellgeld. Streifenbandbezug für Deutschland, Österreich, Saargebiet, Luxemburg, Danzig, Memelgebiet 1,20 Mark monatlich, für das übrige Ausland 1,50 Mark. Bestellungen nehmen entgegen in Leipzig: Hauptgeschäftsstelle, Gerberstr. 48/50; Buchhandlung M. W. Kaufmann, Brühl 1; M. Gouzer, Berlin N 24, Oranienburger Str. 26; M. Laufer, Chemnitz, Kasernenstr. 8; Dresdner Redaktion: Leon Kesten, Kaufbachstraße 25



In Leipzig
C 1, Petersstraße 14 (Singerhaus)
S 3, Südstr. 26
W 31, Zschochersche Str. 24
N 22, Hallische Str. 97
O 30, Eisenbahnstr. 84

Chronik der Wodie

Zollfreie Einfuhr von Maschinentteilen nach Palästina. Jerusalem. Die Palästina-Regierung teilt mit, daß die Einfuhr von Maschinentteilen nach Palästina von jetzt ab zollfrei ist. Die Regierung kommt damit einer alten Forderung der jüdischen Industriellen entgegen, die durch die Zölle auf importierte Maschinen sich in ihrer Arbeit gehemmt sahen.

Indische Moslems kommen nach Palästina. Jerusalem. Der Sekretär des indischen Moslemischen Rates teilte der arabischen Exekutive in Jerusalem telegraphisch mit, daß der Rat eine Anzahl Delegierter aus Indien zu den Sitzungen der internationalen Klagemauer-Kommission nach Jerusalem entsenden wird, die die Wünsche der 70 Millionen Moslems in Indien aussprechen werden; die Klagemauer-Frage bewege die Gemüter der gesamten Islam-Welt.

Das Koburger Herzogshaus und die Erfurter Friedhofsschändung. Erfurt. Zu den schweren Beschuldigungen gegen das Koburger Herzogshaus schreibt das „Wochenblatt für den Synagogenbezirk Erfurt“: „Wir wundern uns über diese Enthüllungen nicht, da uns die völkische Betätigung der Herren von Koburg lange bekannt ist. Gehörten doch die Erfurter Friedhofsschänder dem Wicking-Bund an, der unter dem Protektorat des Herzogs von Koburg stand, so daß der Herzog dadurch auch indirekter Protektor der Erfurter Friedhofsschändung war.“

Auch die Stadt Weimar wehrt sich. Weimar. Der Stadtrat der Stadt Weimar hat in einer Entschließung schärfsten Protest erhoben gegen die Ausführungen des nationalsozialistischen Abgeordneten Sauckel im thüringischen Landtage, daß keine jüdischen Gäste in die thüringischen Kurorte und Bäder kommen sollten. Der Stadtvorstand wurde beauftragt, beim Thüringer Stadtverband und beim Landtage schärfsten Protest zu erheben, weil diese nationalsozialistische Parteipropaganda geeignet ist, die thüringischen Städte und Kurorte aufs schwerste zu schädigen.

Die Geständnisse der Hingerichteten. Jerusalem. Die arabische Zeitung „Al Jarmuk“ teilt mit, der hingerichtete Hebron-Araber habe gestanden, drei „fremde Juden“ in Hebron getötet zu haben. Der hingerichtete Hebroner Chauffeur Jam Joun habe gestanden, daß er fünf Juden getötet hat. Die Zeitung „El Hayat“ teilt mit, die Verurteilten seien zum Galgen festlich gekleidet, die Fingernägel mit Henna bemalt, gegangen.

Die Palästina-Regierung hat die Leichen der drei hingerichteten Araber den Angehörigen der Hingerichteten zur Beerdigung in Acco freigegeben, nachdem die arabische Exekutive zuvor die Garantie übernommen hat, daß bei der Bestattung Demonstrationen nicht vorkommen werden.

Im Hintergrunde Simpson

Während diese Zeilen in Druck gehen, sind die Beschlüsse der Politischen Kommission der Jewish Agency, die am 23. d. M. ihre Beratungen in London aufnahm, noch nicht bekannt. Es ist also noch ungewiß, ob ein Zionistenkongreß, ordentlicher oder außerordentlicher, und der Council der Jewish Agency einberufen werden. Ähnlich wie die Verhandlungen der besonderen Palästina-Session der Mandatskommission in Genf hatten auch die Beratungen der Politischen Kommission der Jewish Agency in London mit einer unbekanntem Größe zu rechnen, nämlich mit dem abschließenden Berichte des von der britischen Regierung nach Palästina entsandten Sachverständigen Sir Hope Simpson. Wenn auch die großen politischen Leitlinien der britischen Palästina-Politik, was man jetzt schon ungefähr annehmen kann, nur bedingt vom Berichte Simpsons abhängig sein werden, so muß man sich dennoch sagen, daß dieser Bericht das wichtigste den Palästinaaufbau betreffende Ereignis der nächsten Wochen darstellen wird.

Soweit man bis heute über die Tätigkeit Simpsons unterrichtet ist, bemüht sich dieser gründliche Fachmann um eine genaue Erforschung einer Hauptfrage, mit der eine zweite in innigem Zusammenhange steht. Er untersucht nämlich die landwirtschaftlichen Möglichkeiten Palästinas, von denen die Fassungskraft des Landes in großem Maße abhängt und die die Größe der möglichen jüdischen Einwanderung ins Land bestimmen. Es scheint, daß Simpson ein Mann von großer Gründlichkeit und Phantasie ist, d. h. er kann sich gut vorstellen, daß durch die Anwendung möglicher, vernünftiger Methoden das Aussehen Palästinas gründlich geändert werden kann und daß dementsprechend das Land in den Stand gesetzt zu werden vermag, nicht nur den dort befindlichen Einwohnern, sondern großen Massen mit Kapital, stahlhartem Willen und großem persönlichem Opfermut einwandernden Juden Existenzmöglichkeit zu geben. Simpson hat als objektiver Gutachter alle Faktoren in Palästina zu Rate gezogen, um sich bei ihnen zu informieren. Nach allen Berichten scheinen auf ihn in erster Linie nicht Personen, sondern Tatsachen und Zahlen Eindruck gemacht zu haben. Am hervorstechendsten in all seinen Unterhandlungen waren die Besprechungen mit Dr. Arthur Ruppin über die Möglichkeiten der jüdischen landwirtschaftlichen Ansiedlung im Lande. Dr. Arthur Ruppin ist wohl einer der besten Kenner Palästinas und sein Lebenswerk bürgt dafür, daß seine Angaben auf Erfahrung und größter Sachkenntnis basiert sind. Dr. Ruppin hat Simpson wohl jene Angaben gemacht, die er in der letzten Zeit der Öffentlichkeit be-

kanntgab. Ruppin wendet seine Aufmerksamkeit allen Formen jüdisch-landwirtschaftlicher Betätigung zu. Sein Hauptaugenmerk aber richtet er auf Plantagenwirtschaft. In diesem Zusammenhange ist es interessant, die Angaben kennenzulernen, die sich auf den Orangenbau beziehen. Ueber dieses Gebiet urteilt Ruppin in nachstehender Weise:

„Wir haben gelernt, die Bearbeitungsmethoden der Orangengärten zu verbessern. Anstatt 70 oder 80 Kisten, den Durchschnittsertrag pro Dunam noch vor zehn Jahren, erhalten wir heute 100—120 Kisten und teilweise noch mehr. Wir können den Preis so weit herabsetzen, daß die Orange aufhören wird, eine Luxusfrucht zu sein, und selbst für die arbeitenden Schichten des Volkes erschwinglich wird. Natürlich ist es möglich, daß die Erweiterung der Märkte und die Zunahme der Produktion nicht parallel gehen. In etwa sechs Jahren werden sämtliche bepflanzten 115 000 Dunam Orangengärten in Palästina Frucht tragen, so daß wir dann nicht 3 Millionen Kisten Orangen, sondern 12 Millionen haben werden. Wir müssen verstehen, daß man nicht so leicht neue Märkte für den Verkauf dieses Quantum finden kann, das viermal so groß ist als das heutige.“

Ich möchte bei dieser Gelegenheit die Arbeit der PICA und ihre ausgezeichneten Leistungen in Benjamina erwähnen, einer Kolonie, die mehr als 1000 Einwohner zählt und besonders in ‚Pardess-Chana‘, wo 20 000 Dunam für Orangenbau geeigneter Boden vorhanden ist. Die PICA will an diesem Orte 500 Familien, die nur über beschränkte Mittel verfügen, ansiedeln. Jede Familie, die 500 Pfund selbst besitzt, kann eine Anleihe von 780 Pfund erhalten. Außerdem beabsichtigt die PICA, hier ständig 1000 Arbeiter zu beschäftigen oder wenigstens so lange, bis sämtliche Orangerien gepflanzt sind. Die PICA investiert oder beabsichtigt, in Pardess-Chana nicht weniger als eine Million Pfund zu investieren. Sie hat auch große Arbeiten zur Trockenlegung von Sümpfen in Czerkas bei Pardess-Chana und in der Kabbara ausführen lassen. Für Meliorationen verschiedener Art, insbesondere Trockenlegung von Sümpfen, Straßenbau, Aufforstung usw., haben Keren Hajessod, Keren Kajemeth und Kehillath Zion (Amzie) im Laufe der letzten zehn Jahre 700 000 Pfund verausgabt. Ein großer Teil dieser Verbesserungen, wie Trockenlegung und Straßenbau kommt nicht nur Juden, sondern auch Arabern zugute.

Zusammenfassend ergibt sich folgendes: Im Laufe der letzten zehn Jahre wurden durch die Juden in der landwirtschaftlichen Kolonisation Palästinas ca. 10 Millionen

ai 1930
abend, g 21.32
abend, g 21.32
raße 4
Mincha 7 Uhr.
iz
abend, monds-
Sonn-
15 Uhr.
Jakob
- Druck:
s.
AL
es
nd
em,
und
ben-
ellen
arm
atz
t
ke
olalstr
ER
raße 21
und
he
stalt
CO.
rämme
esenen
unt 1030

Pfund ausgegeben, davon ca. 3½ Millionen Pfund für Bodenkäufe im Umfang von etwa 750 000 Dunam und nahezu 1 Million Pfund für Erschließungs- und Meliorationsarbeiten. An der Gesamtsumme haben sich der Keren Hajessod und Keren Kajemeth mit 3 Millionen Pfund, die PICA mit 2 Millionen Pfund und Private mit 5 Millionen Pfund beteiligt. 2700 landwirtschaftliche Betriebe sind neu errichtet worden; die Zahl der landwirtschaftlichen Bevölkerung hat sich um 27 000 vergrößert. Ferner können infolge der Bodenverbesserungen auf dem bereits erworbenen Boden weitere 4000 Familien angesiedelt werden. Man darf sagen, daß wir jetzt auf Grund dieser Erfahrung in einem viel schnelleren Tempo vorwärtsschreiten können, wenn wir nur Boden und Geld zur Verfügung haben.

Nun noch einige Worte über unsere künftigen Pläne. In den Sitzungen des Administrativkomitees und des Aktionskomitees in London habe ich vorgeschlagen, daß man auf dem Boden des Keren Kajemeth, über den dieser bereits verfügungsberechtigt ist, im Laufe der nächsten drei Jahre 3500 Familien ansiedelt. Die betreffende Fläche ist ca. 120 000 Dunam groß. Ich habe für diese Kolonisation einen Betrag von 2¼ Millionen Pfund verlangt, aber das Administrativkomitee hat die Ansiedlung von 1000 Familien in der Form beschlossen, daß für jeden Siedler eine Fläche von 13—15 Dunam, davon 7 Dunam für Orangenbau, vorgesehen wird. Auf diese Weise wird die Ansiedlung jeder Familie ca. 350 Pfund kosten und die für die Ansiedlung von 1000 Familien erforderliche Summe 350 000 Pfund betragen. Ich hoffe, daß dieser Betrag im Laufe des Sommers in unseren Händen ist und wir im nächsten Jahre mit der Ansiedlung von 1000 Familien beginnen können. Außerdem rechnen wir mit einer Ansiedlung von 500 Familien aus dem Mittelstande. Sie wissen, wie schwierig die Lage der Juden in Polen ist. Es wäre eine wirkliche Rettung, wenn wir wenigstens 500 Familien zur Ansiedlung nach Palästina bringen könnten. Der Keren Kajemeth hat für diese 500 Familien 20 000 Dunam Boden in der Haifa-Bucht und in Samaria zur Verfügung gestellt, so daß wir hoffen, daß die Männer, die es übernommen haben, die Mittel für die Ansiedlung von 1000 Arbeiterfamilien aufzubringen, auch das Geld für diese Familien beschaffen werden. Jede dieser Familien braucht ein Kapital von 300 Pfund, während der Keren Hajessod und seine Freunde die darüber hinaus erforderlichen 450 Pfund zur Verfügung stellen werden.

Aber vor all diesen Plänen müssen wir für die Konsolidierung der bestehenden Wirtschaften sorgen. Dafür ist noch ein Betrag von 250 000 Pfund nötig. Auf Grund der Untersuchungen, die wir vor kurzer Zeit in den für intensive Kolonisation geeigneten Gebieten vorgenommen haben, sind wir zu dem Schluß gekommen, daß man im Laufe der nächsten 15—20 Jahre 2000 Familien jährlich ansiedeln kann, ohne einen einzigen arabischen Fellachen zu vertreiben. Und all dies berechtigt uns zu den schönsten Hoffnungen.

Diese Angaben sind hieb- und stichfest. Sie haben mutmaßlich auf Simpson ihren Eindruck nicht verfehlt. Ohne sich einem übertriebenen Optimismus hingeben zu wollen, kann man annehmen, daß bald die Zeit einer intensiven jüdischen Kolonisationsarbeit kommen wird.

Simpson im Hauptbüro des Jüdischen Nationalfonds. Jerusalem. Der außerordentliche Bevollmächtigte der britischen Regierung Sir John Hope Simpson besuchte gestern das Hauptbüro des Jüdischen Nationalfonds im neuen Gebäude und hielt eine eingehende Beratung mit dem Präsidenten des Nationalfonds, M. M. Ussischkin, und anderen Persönlichkeiten ab.

Berliner Protestkundgebung gegen die Beschimpfung der deutschen Juden durch Frick

Drei überfüllte Versammlungen. — Justizrat Dr. Brodnitz, Bruno Weil, Meier Hildesheimer, Julius Blüth und Alfred Wiener rechnen mit dem thüringischen System ab und fordern den Reichspräsidenten und die Reichsregierung zu durchgreifenden Maßnahmen gegen den Bruch der Verfassung und der Bürgerrechte in Thüringen auf. — Appell an die deutschen Juden zu aktiver Abwehr.

Berlin. (ITA) Der Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens hat für Dienstag, den 17. Juni, abends, nach dem Herrenhaus, Leipziger Straße, zu einer Protestkundgebung gegen die Beschimpfungen der deutschen Juden durch den thüringischen Minister Dr. Frick eingeladen. Das Interesse für die Kundgebung war ein so starkes, daß für denselben Abend zwei Parallel-Versammlungen, die eine im Oberlichtsaal der Philharmonie, die zweite im Bechsteinsaal, arrangiert werden mußten.

In der Kundgebung im Herrenhaus führte der Vorsitzende des Central-Vereins, Justizrat Dr. Brodnitz, den Vorsitz. Er begrüßte die erschienenen Vertreter der Behörden und Organisationen, wies auf die Debatte im Reichstag vom gleichen Tage, in der der thüringische Minister Dr. Frick gegenüber den Vorstellungen des volksparteilichen Führers v. Kardorff gekniffen hat, sowie auf die unzweideutigen Ausführungen des Innenministers Dr. Wirth in der gleichen Debatte hin und führte dann aus:

Drei Versammlungen bei heißer Sommerzeit! Drei Versammlungen, getragen von sittlichem Ernste und staatsbürgerlichem Verantwortungsgefühl! Wir rechnen es uns

F. G. MYLIUS
Gegründet 1888
Fernruf: 722 81 - Thomassgasse 2

Spezialfirma
für
Kontorbedarf · Büromaschinen · Drucksachen

zur Ehre an, daß wir in unserer Arbeit niemals uns wohlfeiler demagogischer Mittel bedienen. Wir haben es nie als unsere Aufgabe angesehen, die kochende Volksseele vor der Öffentlichkeit zu produzieren. Die Feierstunde, die wir mit unseren Freunden erleben, soll eine Weihstunde sein, die in allen Zuhörern den entschiedenen Willen zum Ausdruck kommen lassen soll, uns nicht die Schmach von Weimar, die unsere heiligsten Gefühle verletzt, gefallen zu lassen. Wir haben stets den Kampf um unser Recht als einen Kampf für das Recht und nicht für einen kleinen Teil der deutschen Staatsbürger geführt. Es handelt sich auch in Weimar um eine Verletzung wesentlichster staatsbürgerlicher Rechte, um den Schutz der Verfassung, die uns in Weimar gegeben ist. Mann oder Frau, Christ oder Jude haben nach unserer Auffassung gleiche Rechte und gleiche Pflichten. Wir rufen die alte Tradition von Weimar, den Geist der Weimarer Nationalversammlung gegen das heutige Weimar auf. Es hat noch niemals ein Unrecht in der Weltgeschichte gegeben, das sich in seinen Wirkungen nur auf eine Minorität erstreckt und nicht seine anarchischen Wirkungen auf die Gesamtheit geäußert hat. Wir rufen alle deutschen Mitbürger auf, uns in unserem Kampfe um die in der Verfassung verankerte Gleichberechtigung aller Deutschen nicht allein zu lassen. Wir rufen sie auf, nicht bloß, weil es sich darum handelt, das Unrecht, das uns deutschen Juden zugefügt ist, abzuwehren, sondern weil auch dieser Kampf ein Kampf um das Recht ist, dem wir seit Jahrzehnten als gute Deutsche und gute Juden zum Wohle unseres Vaterlandes dienen. Das ist der Sinn unserer Kundgebung vom 17. Juni.

Rechtsanwalt Dr. Bruno Weil führte ungefähr aus: Die Angelegenheit der Haßgebete beschäftigt zwar den Staatsgerichts-

hof, und es sei zu erwarten, daß dieser ein Urteil fällen werde, aus dem sich das Verfassungswidrige der Frickschen Methode ergebe. Aber damit sei die Angelegenheit nicht erledigt. Es müsse die Frage aufgeworfen werden, ob es mit der verfassungsmäßigen Machtverteilung zwischen Reich und Ländern vereinbar sei, daß in einem der Ministerien eines der Länder der Exponent einer Partei sitze, deren ganzes Programm die Verneinung der gegenwärtigen Grundlage aller modernen Staaten, nämlich der Gleichberechtigung der Staatsbürger, bedeute. Ein Grundfehler sei schon begangen worden, als unter der vorigen Reichsregierung die Ernennung Fricks zum nationalsozialistischen Minister stillschweigend hingenommen worden sei. Es sei der Augenblick gekommen, zu fragen, ob der Reichsinnenminister nicht dem Reichspräsidenten vorschlagen müsse, von den Machtmitteln des Reiches Thüringen gegenüber Gebrauch zu machen. Die deutschen Juden seien nicht gesonnen, sich den Anspruch auf ihre verfassungsmäßigen Rechte von Thüringen aus, das nur eine Vorstufe von Sachsen und wer weiß, zu welchen anderen Ländern sein solle, nehmen zu lassen. Wenn nicht alle Staatsbürger vor dem Gesetz gleich seien, sondern wenn die Blutszugehörigkeit ein entscheidender Faktor sein müsse, wie es die Nationalsozialisten forderten, mit welchem Rechte könnten dann die deutschen Staatsangehörigen im ungarischen Staate, in der Tschechoslowakei, in Polen, in Dänemark, in Italien, wo überall blutsfremde Völker die Mehrheit haben, ihren Anspruch auf Gleichberechtigung geltend machen? Der Weg der Nationalsozialisten führe zurück ins finstere Mittelalter. Er sei die direkte Umkehrung aller modernen Staatsbegriffe und müsse letzten Endes zum Bürgerkrieg und zur Auflösung des Reichsgedankens führen. Darum ergehe ein Appell von den deutschen Juden als den besonders, aber nicht allein Betroffenen, an die verfassungsgemäß zuständigen Instanzen, darüber hinaus an die gesunden Kräfte im deutschen Volke, an alle diejenigen, denen der gegenwärtige Staat am Herzen liege, und die die Grundlage moderner Staatsberechtigung nur in der Gleichberechtigung erblicken können, sich über Glaubens- und Parteiunterschiede und politische Meinungsverschiedenheiten hinweg zu entschlossener Abwehr des Nationalsozialismus zusammen zu finden. Der Verbundenheit der deutschen Juden mit dem deutschen Volke könne der Nationalsozialismus keinen Abbruch tun; aber er sei geeignet, das mühsam in mehr als zehnjähriger Arbeit wieder erkämpfte Ansehen des deutschen Reiches und alle Ansätze zur Einigung des deutschen Volkes aufs Spiel zu setzen.

Rabbiner Dr. Meier Hildesheimer führte ungefähr aus: Wir lehnen uns auf gegen die Vergewaltigung des uns verbrieften Rechtes, darüber hinaus aber auch gegen die Verstümmelung der allgemeinen Bürgerrechte; denn wenn man unser Recht beugt, erniedrigt man das allgemeine Menschenrecht. Aber noch Tieferes wird verletzt: es wird Spott getrieben mit dem Höchsten, was der Mensch besitzt: mit der Religion. In uns, die wir unseren Messiasberuf fühlen, bäumt es sich auf, wenn der Gottesanruf profaniert wird. Und ein anderes: die Seele des unmündigen Kindes wird vergiftet durch Haß. Wir Hüter des Glaubensgedankens legen Verwahrung dagegen ein, daß Gott gelästert wird, daß

Gottesge...
und som...
dung des...
schlags...
sagt es k...
Tier, so...
tums un...
legen au...
gegen e...
schmäht...
durchset

R.-A...
es beherr...
fühl, we...
liebtes H...
Das thü...
misch...
National...
Wage, u...
sem trav...
entsetzt...
ner mei...
gerichtsh...
hat, unsi...
sofort ei...
gegen T...
der Regi...
bezug au...
Reiche...
Redner i...
an alle...
bleiben...
Juden...
rechtzeit...
dazusteh

Dr. A...
tral-Vere...
Zurückh...
Vaterlan...
sondern...
deutsche...
sammlun...
Stunde...
kischer...
sein heil...
len tun...
deutsche...
schen D...
Anwärte...
allen Sc...
ten käm...
Vaterlan...
und star...
Fahnen...
Juden in...
Tausend...
Friedens...
weil sie...
steht ein...
deutsche...
der Ma...
diese str...
landszug...
landslie...
deutsche...
dung ge...
geschän...
reinigt...
Glocke...
heit am...
glückt a...
mehr an...
anderer...
Volk du...
deutsche...
von Ha...
vaterlän...
höchstes...
und Ver...
gebroch...
auszeich

Die...
Reichs...
Sämtli...
schen B...
folgende...
gestimm...
„Die...
deutscher...
seelische...
schen Vo...

Gottesgeschöpfe erzogen werden zu Haß und somit zu ihrem Unglück. Die Begründung des thüringischen Schächtverbotsvorschlages durch die Parteigenossen Fricks sagt es klar, daß nicht Rücksichten auf das Tier, sondern Herabsetzung des Judentums und der Juden maßgebend sind. Wir legen aus tiefstem Innern Verwahrung dagegen ein, daß man unseren Glauben schmähst. Wir werden unsere Glaubensidee durchsetzen und erhalten.

R.-A. Julius Blüth-Eisenach führte aus, es beherrsche ihn ein eigentümliches Gefühl, wenn hier über sein schönes und geliebtes Heimatland Thüringen klagt. Das thüringische Volk ist nicht antisemitisch. Leider durch Zufall bilden die Nationalsozialisten das Zünglein an der Waage, und sie sind die Akteure auf diesem traurigen Theater, über das man sich entsetzt und über das man lacht. Der Redner meinte, daß der Weg des Staatsgerichtshofs, den Dr. Wirth beschritten hat, unsicher sei, die Reichsexekutive hätte sofort einschreiten sollen, wie sie dies 1923 gegen Thüringen tat, als Kommunisten in der Regierung waren. Damals stand es in bezug auf das Verhältnis Thüringens zum Reich nicht so schlimm wie heute. Der Redner richtete zum Schluß eine Mahnung an alle deutschen Juden, nicht untätig zu bleiben und sich nicht, wie die Thüringer Juden, überraschen zu lassen, sondern rechtzeitig in Reih und Glied zur Abwehr dazustehen.

Dr. Alfred Wiener, Syndikus des Zentral-Vereins, führte aus: Mit einer starken Zurückhaltung wird der Deutsche, dem Vaterlandsliebe nicht Lippenbekenntnis, sondern letztes Erlebnis ist, von seinen deutschen Gefühlen in öffentlichen Versammlungen sprechen. Heute ist die Stunde, wo dies geschehen muß. Ein völkischer Führer hat einmal gesagt: Deutsch sein heißt eine Sache um ihrer selber willen tun. Gäbe es einen Nobelpreis für deutsche Gesinnung, so würden die jüdischen Deutschen nicht die schlechtesten Anwärter auf diesen Nobelpreis sein. Auf allen Schlachtfeldern, wo deutsche Soldaten kämpften, sind deutsche Juden für ihr Vaterland gefallen. In Ostafrika kämpften und starben sie unter Lettow von Vorbeck's Fahnen. Für Deutschland gingen Posener Juden in polnische Konzentrationslager. Zu Tausenden verließen sie die durch den Friedensvertrag uns abgerissenen Gebiete, weil sie unter fremder Herrschaft nicht leben wollten. In der Weltkraftkonferenz steht ein Einstein unter den führenden deutschen Gelehrten. Max Liebermann ist der Maler deutschen Erlebens. Für alle diese strahlenden Beweise deutscher Vaterlandszugehörigkeit und deutscher Vaterlandsliebe haben sie bei einem Teil des deutschen Volkes Schimpf und Verleumdung geerntet. 81 jüdische Friedhöfe sind geschändet und Gotteshäuser sind verunreinigt. In wenigen Tagen wird die große Glocke des Kölner Doms die deutsche Freiheit am Rhein einläuten. Wir werden beglückt aufatmen, daß kein fremder Soldat mehr auf deutscher Erde steht. Ein ganz anderer Jubelsturm würde das deutsche Volk durchbrausen, wenn alle Glieder des deutschen Volkes sich freimachen würden von Haß und Niedrigkeit, wenn wahre vaterländische stille Arbeit erstes und höchstes Gebot wäre, wenn Menschlichkeit und Verstehenwollen das politisch niedergebrogene Leben Deutschlands wieder auszeichneten.

Die Entschließung, die dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung überreicht wird

Sämtliche Redner ernteten enthusiastischen Beifall. Der Vorsitzende verlas die folgende Entschließung, der einmütig zugestimmt wurde:

„Die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der deutschen Juden, die sich durch Geschichte, Kultur, seelische und geistige Gemeinschaft mit dem deutschen Volke unlösbar verbunden fühlen, wird durch

die deutsche Reichsverfassung verbürgt. Selbstherrliche Willkürakte eines Ministers oder der Regierung eines deutschen Landes werden die jüdischen Deutschen nicht hindern, wie bisher ihrem deutschen Vaterlande opferfreudig und hingebungsvoll zu dienen.

Sie legen aber Protest ein gegen die Verfassungsverletzung, die sich der thüringischen Innenminister Dr. Frick mit seinen Verordnungen, insbesondere der über „Deutsches Schulgebet“ hat zuschulden kommen lassen. Wir erwarten von den Hütern der Reichsverfassung, dem Herrn Reichspräsidenten,

dem Reichskabinet und dem verantwortlichen Herrn Reichsinnenminister, daß sie diese Verfassungsverletzung ahnden, dem verfassungsmäßig gesicherten Anspruch der thüringischen und deutschen Juden auf Gleichberechtigung Gewähr leisten und ihn gegenüber der widerstrebenden Länderinstanz durchsetzen.“

In seinem Schlußwort teilte Justizrat Dr. Brodnitz mit, daß die Entschließung dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung überreicht werden wird.

Sieg der Dummheit

Von Josef Kaplan

Man darf den Sieg der Nationalsozialisten in Sachsen nicht die Ueberschätzung zollen, wie es getan wird. Obwohl das fast dreifache Anwachsen der Nazis ein sehr bedenkliches Zeichen ist für die Stimmung im deutschen Volke, so besteht doch kein Grund, an der Vernunft eben dieses Volkes zu zweifeln. Daß die Völkischen 9 Sitze mehr erringen konnten, als bei der vorigen Wahl, ist einzig und allein ein Erfolg der Verdummungsmache der völkischen Agitation, die bei diesen Wahlen den rechten Weg genommen zu haben scheint: den Weg, der auf die Dummen spekuliert. Denn das steht nun einmal fest: daß man den Wähler, der nicht selbst denkt, nicht mit Ruhe und Anständigkeit fangen kann, sondern mit donnernden Schlagworten, wilden Haßparolen und vor allem mit Dingen, die er nicht versteht. Wenn die völkischen Agitatoren ihren Zuhörern fortwährend herrliche Zeiten versprechen, die erst kommen, wenn man alle Juden wegjagen kann, ihre Vermögen unter die Wähler verteilen und wenn man überhaupt erst alles das wird ausführen können, was man heute nicht kann, so ist das das beste Mittel, um gedankenlose Massen zu bekehren. Denn die „Bedrängung der Juden“ war schon von jeher der billigste und sicherste Köder für die Massen, die, ohne zu wissen, daß sie nur Wegbereiter sind für einen hemmungslosen Kapitalismus, der, ist er erst am Ruder, diese Massen in sein Joch spannen wird, um sie zu „zügeln“, bis sie sich am Boden winden unter ihren Ketten. Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei ist der größte Bluff unserer Geschichte: eine Arbeiterpartei, die vom Kapital gestützt wird, vom Kapital gefördert, vom Kapital benützt! Nein, diese Arbeiterpartei ist keine Partei des Proletariats, sondern ein Sammelsurium politischer Abenteurer, ein Tummelplatz gutbezahlter Kapitalistendiener,

die unter dem Zeichen des blutbefleckten Hakenkreuzes ein „Ideal“ vorlägen. Diese „Arbeiterpartei“ hat nichts mit dem Proletariat zu tun, welches nicht so blind ist, daß es mit offenen Augen in sein eigenes Unglück rennt.

Welche Stimmen haben die Völkischen gewonnen? Die Stimmen der Deutschnationalen, der Wirtschaftspartei und der Deutschen Volkspartei. Also Stimmen, die schon früher mehr völkisch waren als alles andere. Die jetzigen Wahlen haben nur eine parteimäßige Zusammenschließung aller völkischen Gesinnungsgenossen vollzogen, die bisher, aufgeteilt, der Republik sowieso Schaden zufügten. Im wesentlichen hat sich nichts geändert. Durch den Stimmengewinn der Nazis kann man nun leichter den Gegner überschauen, man weiß nun, wie stark er ist. Praktischen Nutzen wird der Ausgang der Wahl der Völkischen wohl kaum bringen. Den 14 Sitzen der Völkischen, den 5 des „Landvolkes“, den 2 der „Volksnationalen“, den 5 der Deutschnationalen, den 10 der (antisemitischen) Wirtschaftspartei stehen 60 Sitze der oppositionellen Parteien gegenüber, die wohl da sein werden, wenn es gilt, den Staatsfeinden entgegenzutreten.

Bloß eine Gefahr birgt der „Sieg“ der Republikfeinde: mit ihrem „Sieg“ wird ihre Frechheit wachsen, ihr Uebermut, so schon gefährlich, wird noch größer werden. Jetzt ist es an der Republik, ihre Macht zu beweisen. Mit Uniformverboten und polizeilichen Begleitmannschaften bei Demonstrationen bekämpft man nicht den völkischen Volksfeind, hier müssen andere Wege beschritten werden: mit Mäusefallen beseitigt man keine Ratten — aber mit Strychnin. Die völkische Rattenplage zu beseitigen, muß Sache des Hauswirts sein. Der republikanische Hauswirt darf nicht schlafen, sonst werden die Hausbewohner selbst den Kammerjäger spielen...

Der Schweidnitzer Hitlerprozeß Rechtsanwalt Foerder treibt Hitler in die Enge

Berlin. Die „CV-Zeitung“ veröffentlicht ein Stimmungsbild ihres nach Schweidnitz entsandten Sonderberichterstatters Dr. Felix Heimann-Breslau aus dem Prozeß gegen 14 Nationalsozialisten, die eine republikanische Versammlung gesprengt, den Saal demoliert und etwa 50 Versammlungsteilnehmer verletzt haben. Der Breslauer Rechtsanwalt Ludwig Foerder vertritt 16 von den verletzten Republikanern. Am 12. Juni wurden Hitler, v. Pfeffer, Brückner vernommen. Hitler war bei der Vernehmung auffallend nervös und zerfahren. Foerder trieb ihn gehörig in die Enge. So, wenn er ihn fragte, ob er eine einzige Organisation oder politische Partei im Reichsbanner nennen könne, die die von ihm behauptete Losung ausgegeben habe: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“ (Hitler stottert verlegen irgend etwas zusammen.) — So, wenn er sich bei ihm nach den Schandtaten der Hakenkreuzer auf jüdischen Friedhöfen erkundigte. Hitler schrie und tobte wie ein Besessener. Keinem Nationalsozialisten hätte man so etwas nachgewiesen. Polizeivizepräsident Weiß (Berlin) hätte amtlich und unter seinem Eide bekundet, daß seine (des Herrn Hitler) Partei insoweit fleckenlos dastünde. In hohem Bogen würde er jeden Parteiangehörigen, der sich an jüdischen Gräbern verginge, aus der Bewegung hinauswerfen. Zur Frage der Finanzierung der nationalsozialistischen Bewegung behauptete er dasselbe wie in erster Instanz. Eintrittsgelder der anderen, Opfermut der Parteiangehörigen seien die finanziellen Säulen seiner Bewegung. Wer's nicht glaubt, zahlt einen Reichstaler. Bei der Vernehmung des Kriminalkommissars Dr. Stumm kam es dann zu den unerhörten Szenen, über die die Tageszeitungen ausführlich berichtet haben. Hitler und Frank warfen mit Händen und Beinen um sich und machten einen derartigen Skandal, daß man nicht wußte, was sie überhaupt sagten und wollten. Der Verteidiger Frank benannte als Gegensachverständigen für preußische Polizeifragen den „thüringischen Polizeiminister Dr. Frick“, zog dann aber seinen lächerlichen Antrag wieder zurück.

In der Verhandlung vom 16. Juni kam es bei der Zeugenvernehmung zu einem schweren Zusammenstoß zwischen einem der vernommenen Zeugen und

Rechtsanwalt Foerder. Rechtsanwalt Foerder richtete an den nationalsozialistischen Zeugen Pietzok eine Frage, worauf dieser erklärte: „Juden antworte er nicht, nur Deutschen.“ Nun griff der Vorsitzende ein und sagte, er wolle die gleiche Frage an den Zeugen richten. Daraufhin erklärte Rechtsanwalt Foerder, daß er Gewicht darauf lege, die Frage von sich aus zu stellen. Er richtete nunmehr zum zweiten Male die Frage an den Zeugen und erhielt die gleiche Antwort. Das Gericht zog sich zurück und verhängte über den Zeugen eine Ungebührstrafe von ganzen — 10 Mark, obwohl es gerade hier nahegelegen hätte, gegen den besonders renitenten Zeugen eine im § 179 des Gerichtsverfassungsgesetzes vorgesehene Haftstrafe in Anwendung zu bringen.

Aus aller Welt

Wiesbadener Fremdenverkehr leidet unter Nationalsozialisten. Wiesbaden. Der Polizeipräsident hat wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit bis auf weiteres aller Veranstaltungen der Nationalsozialisten unter freiem Himmel, Kundgebungen, Demonstrationen und Umzüge verboten, da diese Veranstaltungen der Nationalsozialisten eine nachteilige Wirkung auf den Fremdenverkehr Wiesbadens ausgeübt haben.

25 000 Juden demonstrieren in Lodz. Warschau. 25 000 jüdische Bürger der Stadt Lodz demonstrierten in den Straßen von Lodz gegen die Einwanderung von Chaluzim nach Palästina. Während des Demonstrationzuges waren alle Läden in jüdischen Stadtteilen geschlossen. — Auch in anderen Städten Polens fanden imposante Kundgebungen gegen die Alijah-Sperre statt.

Die Zahl der jüdischen Bevölkerung in Lettland geht zurück. Riga. Gemäß dem soeben veröffentlichten Resultat der letzten Volkszählung leben in Lettland 94 600 Juden. Das bedeutet eine Verminderung der jüdischen Bevölkerung um 1300 Seelen im Vergleich mit der Volkszählung von 1925. Dies ist durch die verstärkte Auswanderung der letzten Jahre zu erklären. Die Juden Lettlands bilden heute 4,97 Proz. (gegen 5,19 Proz. i. J. 1925) der allgemeinen Bevölkerung Lettlands.

UNTERHALTUNG UND WISSEN

Die Rolle Israels in den modernen Demokratien

Bericht über einen interessanten Vortrag

Anlässlich der Gründung des „Cercle d'Etudes Juives“ in Paris hielt der hervorragende Gelehrte André Siegfried, Professor an der Ecole des Sciences Politiques, der Verfasser eines viel beachteten Werkes über Politik und Wirtschaft Amerikas einen geistvollen Vortrag über die Rolle des Judentums in den modernen Demokratien. Wir veröffentlichen über dieses Ereignis nachstehenden Bericht.

Alle, die der Ueberzeugung sind, daß das Erwachen des jüdischen Volkes mehr ist als eine vorübergehende Mode, alle, die von einer Vereinigung oder wenigstens von einem brüderlichen Zusammenhalten der verschiedenen Richtungen innerhalb der Judenheit träumen, werden mit Freude die Nachricht von der Gründung eines „Cercle d'Etudes Juives“ in Paris vernehmen. Und auch das Thema des Eröffnungsvortrages des Professors André Siegfried wird ihren Beifall finden: „Die soziale und geistige Rolle Israels bei der Bildung der modernen Demokratien“. Der Vortragende gehört zu den bemerkenswertesten und bestunterrichtetsten Gelehrten der Nachkriegszeit; besonders interessant ist, daß er, der Christ, der sonst jüdischen Dingen fernstand, und sein Vortrag dadurch größere Gewähr für Unparteilichkeit bieten kann.

André Siegfried hat die wirkliche Welt und die Welt des Geistes bereist. Mit alten philanthropischen Familientraditionen weiß er die Hochhaltung der modernen geistigen Ideale zu verbinden. Wenige Redner dürften so geeignet sein, zu schildern, welchen Platz Israel in Frankreich und in den Vereinigten Staaten einnimmt. Die Leitung des neuen Instituts hätte also keine bessere Wahl treffen können. Die Zuhörer wurden freundlich ersucht, ihre Aufmerksamkeit nicht zu stark den überall herumhängenden Bildern, sondern lieber dem Vortragenden zu schenken. Da wir in der Rue André Pascal saßen, war diese Ermahnung nicht ganz überflüssig. Aus feinen Goldrahmen blickte uns das Venedig des Pietro Guardi voll zauberhafter Lockung an, der Markus-Platz und der Canal Grande. Aber als Professor Siegfried sprach, war Venedig bald vergessen. Man entdeckte plötzlich, daß die alte „Ecole des Sciences Politiques“, an der er lehrt, ungeahnte Reize in sich birgt. Sein Vortrag war so tief und gleichzeitig so klar, daß man sich bald mit Vorträgen im allgemeinen und sogar mit — dem Vortragenden ausschönte. Nicht durch den Zauber der Worte, aber durch den „Wärmegrad der Gedanken“ schuf er das, was Herr Mélamède, der Generalsekretär des Cercle, das „jüdische Klima“ nannte.

Professor Siegfried stellte fest, daß zwei große Tendenzen die Gesellschaft Amerikas und Europas spalten. Die Vertreter der einen, die Katholiken und Lutheraner, verlegen das Königreich Gottes in den Himmel. Hier auf Erden ist ihre einzige Sorge, ihr zukünftiges Heil sicherzustellen. Hier und da „passen sie sich an“ und geben dem Kaiser, was des Kaisers ist und vielleicht noch etwas mehr; hier und da sondern sie sich vorsichtig ab — in beiden Fällen hegen sie keine Illusion über die menschliche Ge-

rechtigkeit. Ihre Haltung gründet sich auf Pessimismus und Entsagung. Diese Richtung stützt sich auf einen starken hierarchischen Priesterstaat und hat gesunde Logik und Lebensklugheit auf ihrer Seite; man versteht es gut, daß die katholische Kirche sich bemüht und Nutzen darin sieht, sie ganz auf ihre Seite hinüberzuziehen.

Die andere Richtung ist der Ansicht, daß das Reich Gottes schon auf Erden verwirklicht werden muß; sie paßt sich nicht an, sie sondert sich nicht ab; sie protestiert. Zwischen sich und Gott duldet sie keinen Vermittler. Wer nicht für den Frieden und den sozialen Fortschritt kämpft, verrät ihren Glauben. Es ist die Richtung Calvins; und — wenn wir in der Geschichte zurückgreifen und auch wenn wir auf diejenigen blicken, die im Jahre 1930 diesen Glauben am heftigsten verfechten, — so ist es die Richtung des Judentums.

Von den geistigen Quellen ausgehend, kommt André Siegfried auf ganz natürlichem Wege zu den sozialen Gegebenheiten. Er hat die tiefsten Gründe des menschlichen Gewissens erhellte, nun fällt es ihm leicht, die Rolle Israels in der modernen Demokratie zu umreißen: Israel ist der immer vorwärtstreibende Motor, das Ferment, das gleichzeitig gegen die Blutarmut der Gleichgültigkeit und gegen das Gift des Hasses arbeitet; Israel ist, — um einen Ausdruck Bismarcks zu gebrauchen — der so notwendige Schuß Champagner im Blute der Völker. Diese dynastische Rolle spielt Israel auf allen Stufen der Gesellschaft. Was wären ohne ihn wohl die Wohltätigkeitswerke? Und erinnert ihr euch an einen gewissen österreichischen Roman: „Die Stadt ohne Juden“.



Für die demokratischen Regierungen, führte Siegfried weiter aus, ist der Jude ein loyaler, dienst-eifriger Helfer; ein treuer Diener des Vaterlandes, dem er in der Stunde der Gefahr sein Leben zum Opfer bringt, ein guter Bürger und untadeliger Patriot, und doch — niemals den anderen gleich. Selbst in dem Augenblick, wo er sich opfert, verzichtet er nicht auf das Recht der freien Prüfung. Seine Kritik ist schärfer und geht weiter als die seiner Kameraden. Und hinter sich weiß er ja die Erinnerungen seiner Geschichte, der rührendsten, tragischsten Geschichte der Welt. Trotzdem seine Seele die eines ewigen Jünglings ist, ist Israel sehr alt. Vor einem Amerikaner fühlt sich ein Franzose als Mann, vor einem Juden bestenfalls immer noch als ein Kind. — Und im tiefsten Inneren trägt der Jude immer seinen Glauben, seinen Gott, mag er sich äußerlich noch so unglücklich gebärden.

Hat ein Franzose Grund, sich über diese seelischen Verschiedenheiten aufzuregen? Nein. In Frankreich fließt nämlich dieses Ferment in das Blut des anderen Organismus ein wie ein wunderbares Tonikum. Ohne dieses Ferment wäre die Seele des Landes weniger elastisch, weniger rein. Das rührt daher, weil neben den starken Verschiedenheiten zwischen Israel und Frankreich auch starke Affinitäten bestehen: Hochschätzung der Intelligenz, Familiensinn, Freude an der Kritik.

In den Vereinigten Staaten ist die Lage anders. Nicht nur, weil unsere Glaubensgenossen dort in viel größerer Anzahl leben; sondern auch, weil sie, da sie ja hauptsächlich aus slavischen Ländern kommen, eine orientalische Veranlagung mitbringen, die sie von den anderen trennt. Den Amerikanern ist jeder Intellektualismus von Anfang an verdächtig, der nicht in seinem Endeffekt dazu dient, die Produktion zu intensivieren oder die Annehmlichkeiten des Lebens zu vergrößern. Die geistige Aktivität der Juden kann sie also höchstens in Verwirrung versetzen; die beißende Kritik, die jene üben, verletzt sie, ihre unerschöpfliche Neugierde und ihr Wissensdurst verblüfft sie ... sind sie denn nicht die einzigen, die in den Bibliotheken Spinoza, Karl Marx und sogar den Heiligen Thomas von Aquin verlangen?

Professor Siegfried betonte, daß ohne die Juden und die Irländer die geistige Atmosphäre Amerikas nicht auszuhalten wäre. Es gibt also in Amerika eine Judenfrage, während man in Frankreich nur Sympathie und fruchtbares Zusammenarbeiten kennt.

Wie viele anziehende Gedanken fanden sich in dieser Plauderei, die der Vortragende übrigens noch in ihrer ganzen Ausdehnung zu veröffentlichen gedenkt! Viele Zuhörer bedauerten, daß der Vortragende sein Thema nicht voll abgewandelt hätte, daß er nämlich das Thema des Zionismus außer acht ließ, das so vielen jüdischen Herzen teuer ist. War dies aber in einer so kurzen Stunde möglich? Auf alle Fälle hat Professor Siegfried über die ethische und soziale Rolle des Judentums mit einer Klarheit, Feinheit und Noblesse gesprochen, wie man sie manchem unserer Glaubensgenossen wünschen würde; seine Rede machte dem calvinistischen Glauben, zu dem er sich bekennt, Ehre. Wieder einmal hat er hier bewiesen, daß kein weiter Weg zwischen Genf und Jerusalem liegt.

Spaziergänge

Ein Kapitel lose Wissenschaft von Josef Kaplan

Wenn man alle seine Bücher gelesen hat, wenn alle Tagespflichten erfüllt sind, wenn nichts mehr auf dem Schreibtisch liegt, was „erledigt“ werden muß, wenn alle Aergernisse abgestreift sind, alle Freuden des Daseins durchdacht — wenn das alles getan ist, dann — kommt über einen die Langeweile hergefallen. Die Langeweile ist etwas furchtbares, sie wirkt manchmal tödlicher als der Pessach-Wein meines Lieferanten. Wir Wissenschaftler haben für die „Langeweile“ eine besondere Auslegung: „Die Langeweile wird erzeugt durch eine plötzliche geistige Schwäche des Menschen, die ausgelöst wird durch ein Ausbleiben jeglichen vernünftigen Gedankens, was einen Zustand bewirkt, den man mit ‚Geistige Katastrophe‘ richtig und treffend bezeichnen könnte.“ So. Das wäre eine kleine Vorrede zum nachfolgenden Kapitel „Wissenschaft“.

Die Wissenschaft ist die Beschäftigung der Menschen, die mit ihrer freien Zeit nichts Gescheiteres anzufangen wissen. Besonders nützlich macht sich die Wissenschaft, wenn sie sich von Leuten betreiben läßt, die keine Ahnung von ihr haben. Die

Wissenschaft hat die Eigenheit, unverbindlich zu sein, sie verpflichtet zu nichts und ist das beste Mittel gegen alle Arten und Abarten von Langeweile. (Langeweile: siehe 3 cm weiter oben.) Schon im Kinde steckt der Drang zur Wissenschaft, denn jedes Lebewesen hat den angeborenen Willen, sich gegen Langeweile zu schützen. Besonders in mir war dieser Wille schon von jeher sehr stark entwickelt. Ich entsinne mich noch deutlich meines Daseins als kleiner Schuljunge. Da habe ich meine freie Zeit viel mit wissenschaftlichen Experimenten ausgefüllt. Besonders interessant waren die Studien an lebenden Objekten. Ein besonders beliebtes Objekt war die schwarze Fliege, die die Wissenschaft „die gemeine Stubenfliege“ nennt. Man nahm z. B. eine solche Fliege, steckte ihr einen Strohhalm in den, pardon, Hinterteil und erforschte so die These: „Kann ein Lebewesen mit einem beschwerten Hinterteil große Sprünge machen?“ Oder man nahm eine Fliege zwischen den Zeigefinger und den Daumen und zerquetschte ihr den Kopf, um festzustellen, ob es ein „Fortleben nach dem Tode“ gibt. Mai-käfern hat man eine Stecknadel durch den Rumpf gesteckt, um zu erforschen, ob es für ein zwischen der vierten und fünften Rippe durchstochenes Geschöpf eine Heilung gibt.

Sehr interessant waren auch die Experimente mit Fröschen. Das machte man so: man steckte einem Frosch eine Erbse in den Schlund und beföhle dann von außen den Sitz dieser Erbse. Meistens hörte der Frosch sofort zu quaken auf und verdrehte vor Wonne die Augen. Aber länger als einen Tag lebte er nicht mehr. Alsdann erwachte der Chirurg im Menschen, man nahm eine Schere und fing an zu operieren. Jedesmal hat man die Erbse unverdaut wieder vorgefunden. Die Beerdigung des Frosches ging mit allen Zeremonien vor sich.

Was nun der Mensch als Kind alles verbrochen hat, das treibt er auch als Erwachsener weiter. Da es für die Wissenschaft geschieht, so wird es nicht bestraft und darf offen und frei getrieben werden. Ich meine hier das Lübecker Experiment. Da hat man hundert Säuglinge mit einem gewissen Präparat gefüttert, gewissermaßen als Versuch, die Wissenschaft zu fördern. Der Erfolg dieses Experimentes ist grandios: von den 100 menschlichen Versuchskaninchen sind bloß 41 gestorben! Ein Beweis dafür, daß die Wissenschaft beinahe gefördert worden wäre. Daß 59 Kinder am Leben blieben, ist ein Erfolg, der nicht wegzuleugnen ist. Die Lübecker Wissenschaftler empfinden nun keine Langeweile mehr.

Vor c
Exekuti
forderu
1. Ist ei
groß ein
sein? J
stattfin

Bei E
die letz
Zionist
jetzt?

Es ist
Exekuti
Beschl
weil die
zwang.
Zionist
aber is
Situati
barungs
nach d
wartete
gab die
sich wis
erst ein
bedurft
vom K
Willen
Mehrhe
ohne de
dieser

Zuers
Zeichen
der br
folgte
eines K
deren,
einzig
tischen
nahmen
schon s
die Zio
Situati

Noch
verlang
des Ko
ereignis
schlag
revision
nen Län
Beratur
die No
gresses.

das rev
nistisch
hielt al
Antwort
greses f
nistisch
nach ei
kulative
verstand
Kongre
mals g
Pogrom
groß au
tritt die
hätte se
dem Be
Simpso

Oder
Valli
mit ein
kurzem
worden
Mensch
völlig
lerer B
nur um
Tausen
weisen
schen

Was
die Wi
betriebl
los und
schaft
ihr we
ab und
Schon

Was
bener
Und w
Fuß.

Das Ringen um den 17. Kongreß

Von Dr. Oskar Rabinovicz (London)

Vor einigen Tagen wandte sich die Zionistische Exekutive an die Mitglieder des AC mit der Aufforderung, sich zu folgenden Fragen zu äußern: 1. Ist ein Kongreß erwünscht? 2. Soll dieser Kongreß ein ordentlicher oder ein außerordentlicher sein? 3. Soll er im September oder im Oktober stattfinden?

Bei Betrachtung dieser Tatsache muß sich jeder die letzten Ereignisse im Zionismus beobachtende Zionist die Frage stellen: „Wozu und warum erst jetzt?“

Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Zionistische Exekutive schon vor mehr als vierzehn Tagen den Beschluß gefaßt hat, den 17. Kongreß einzuberufen, weil die zionistische öffentliche Meinung sie dazu zwang. An dieser Sitzung nahmen einige führende Zionisten teil, die der Exekutive nicht angehören, aber in Anbetracht der schwierigen politischen Situation nach London berufen wurden. Vereinbarungsgemäß sollte die Einberufung des Kongresses nach drei Tagen veröffentlicht werden. Vergebens warteten die informierten Kreise auf die Bekanntgabe dieses Beschlusses. Great Russell Street hüllte sich wieder in Schweigen. Stattdessen erfolgt jetzt erst eine Enquête. Wenn es noch eines Beweises bedurfte, daß die Exekutive gesonnen ist, die ihr vom Kongreß übertragene Kraft auch gegen den Willen einer großen Zahl von Gruppen, die die Mehrheit der Wähler hinter sich zu haben nicht ohne den Anschein der Wahrheit behaupten, so ist dieser Beweis jetzt erbracht.

Zuerst hieß es, Präsident Weizmann werde zum Zeichen des Protestes gegen die letzten Maßnahmen der britischen Regierung demissionieren. Dann folgte der erwähnte „Beschluß“ nach Einberufung eines Kongresses — eine Erkenntnis folgte der anderen, bis diese beiden vom Standpunkte der Politik einzig möglichen und vom Standpunkte der politischen Moral einzig ergreifbaren Schritte und Maßnahmen allmählich verhallen. Wieder einmal, wie schon so oft in den letzten zehn Jahren, zeigte sich die Zionistische Exekutive nicht auf der Höhe der Situation.

Noch im Vorjahre, unmittelbar nach den Unruhen, verlangte die Revisionistische Union die Einberufung des Kongresses, da ein solcher durch die Augustereignisse geboten war. Lächelnd wurde dieser Vorschlag abgelehnt. Doch unaufhörlich betonten die revisionistischen Organisationen in den verschiedenen Ländern bei jedem Anlaß, bei Konferenzen und Beratungen, in Zeitungsaufsätzen und bei Debatten die Notwendigkeit der Einberufung eines Kongresses. Noch im Februar dieses Jahres wandte sich das revisionistische Exekutivkomitee an die Zionistische Leitung mit einer solchen Forderung, erhielt aber eine vom 20. desselben Monats datierte Antwort, in welcher die Einberufung eines Kongresses im Jahre 1930 abgelehnt wird, „weil die Zionistische Exekutive keinen Beweis für das Verlangen nach einem solchen hat“. Kurzsichtig ging die Exekutive an die Behandlung dieser Frage heran und verstand es nicht, welchen patriotischen Sinn ein Kongreß im Dezember 1929 gehabt hätte. Denn damals gab es bloß ein Unglück — den August-Pogrom — und ein entschiedenenes Wort, vom Kongreß ausgesprochen — auch Adolf Grabowsky vertritt diese Ansicht („Zeitschrift für Politik“, 1929) — hätte so manches weitere Unglück, angefangen mit dem Bericht der Shaw-Kommission, über die Mission Simpsons, die Einstellung der Immigration bis zum

Weißbuch II zum mindesten milder gestalten, wenn nicht gar ganz zu verhindern vermocht.

Und selbst jetzt, wo die Haupttrümpfe schon verspielt sind und der Karren schon tüchtig verfahren ist, wagt eine durch ihre Niederlage völlig entmutigte Leitung nichts mehr als die schüchterne Anfrage, ob ein Kongreß erwünscht sei — vierzehn Tage, nachdem sie selbst dessen Notwendigkeit einsah und einen diesbezüglichen Beschluß faßte; und in einem Momente, wo die große zionistische Welt — bis auf Wenige um ihren Einfluß Zitternde — denselben fordert. Wenn jemals der Präsident der Zionistischen Organisation seine Frage „Jüdisches Volk, wo bist du?“ ernst gemeint hat — und es soll darin nicht gezweifelt werden —, so liegt heute die Meinung des jüdischen Volkes deutlich und klar vor.

Doch gerade jetzt findet der Ruf des Volkes taube Ohren bei demselben Präsidenten. Statt Verständnis für diesen Ruf, statt das durchzuführen, was man selbst für richtig erkannt hat, siegt wieder die alte Kleinmütigkeit, der Drang nach Nebulositäten und nach dem Hinausschieben der Entscheidung in eine verschwommene Zukunft.

Wie immer die Mitglieder des AC auf die Frage, ob ein Kongreß erwünscht sei oder nicht, auch stimmen werden — allem Anschein nach wird er ja doch zustande kommen — eines bleibt festgeragt: die Mutlosigkeit und die verantwortungslose Gleichgültigkeit, mit welcher die zionistische Exekutive im Juni 1930 ernste und dringende Fragen bagatellisiert. Sie hätte, wie sie ja allein bestimmte, den Kongreß selbst und unverzüglich einberufen müssen. Sie hatte hierzu den Auftrag der öffentlichen Meinung. Wenn sie aber in dieser Frage dennoch Entscheidungen treffen läßt von Menschen, die auf Grund früherer politischer Konstellationen zu ihrer heutigen Stellung gelangt sind, dann ist dies der deutlichste Ausdruck der Flucht vor dem Lichte der Öffentlichkeit. Denn die Delegierten des 16. Kongresses sind nicht die Delegierten der geänderten Orientierung, der durchgreifenden Meinungsänderung und der neuen Einstellung zu den grundlegenden Fragen im Zionismus.

Seit August 1929 hat sich vor unseren Augen eine gewaltige Revolution in der Psychologie des positiv eingestellten jüdischen Volkes vollzogen. Auf jedes politische Ereignis, und es gab deren trotz Losagung vom „politischen Zionismus“ in dieser Epoche gar viele, hat das jüdische Volk mit einem völlig gesunden Instinkt reagiert. Es zeigte sich plötzlich in einer politischen Aktivität, die für die heutigen Leiter der zionistischen Geschicke unerwartet und überraschend kam. Und in diesen neun Monaten wurden durch die Wirklichkeit eine Unmenge von Legenden zertrümmert, mit denen die als gleichgültig betrachtete Masse des jüdischen Volkes seit Jahren gespeist wurde.

Es wurde vor allem klar, daß der mit Vorliebe bei jeder Gelegenheit betonte Einfluß der gegenwärtigen zionistischen Leitung auf die britische Regierung jeder Grundlage entbehrt und daß die — was immer auch geschehen mochte — wiederkehrende Formel „Wir sind mit England zufrieden“ eine grausame Täuschung des jüdischen Volkes dar-

stellt. Wie ein Kartengebäude sind diese Feststellungen zusammengestürzt. Ganz ohne die Zionistische Exekutive zu informieren, von einem Befragen oder Beraten kann überhaupt keine Rede sein, trifft die englische Regierung Maßnahmen, die von eminenter Bedeutung für das weitere Schicksal des Palästina-Aufbaues sind. Sie ernennt Simson, sie sperrt die Immigration, sie ändert das Regierungspersonal in Palästina — und die Zionistische Exekutive kann diese vollzogenen Tatsachen lediglich registrieren. Man beruhigte bisher sich und das jüdische Volk durch irgendeinen freundlichen Ausspruch eines englischen Politikers, während auf der anderen Seite die Rechte des jüdischen Volkes allmählich aber sicher abgebaut wurden.

Auch die Legende vom großen Einfluß der erweiterten Jewish Agency hat eine gewaltige Enttäuschung gebracht. Vor einigen Wochen hatte ich Gelegenheit, mit einem führenden Zionisten über die Aussichten der Jewish Agency zu sprechen. Er sagte u. a.: „Geld habe ich von diesen Leuten nie erwartet, aber politischen Einfluß, den haben sie“. Schon wenige Tage darauf fand die bekannte Unterredung zwischen der britischen Regierung und den Vertretern der Jewish Agency statt. Selbst die „Jüdische Rundschau“ vom 30. Mai mußte konstatieren: „Diese kleine jüdische Delegation repräsentierte wohl einen sehr großen Teil dessen, was das Judentum heute an Macht und Einfluß aufzubringen vermag“. Was sie erwirkte — ist der jüdischen Öffentlichkeit zur Genüge bekannt.

Das alles sind die Folgen des zehnjährigen politischen Impressionismus der Zionistischen Exekutive. Es gab in dieser Zeit keine Politik auf Sicht, keine Politik, die sich ein Ziel stellte und ihr Wollen offen ausgedrückt hätte. Vor einigen Tagen ist der erste Band der Indian Statutory Commission herausgegeben worden, auf den die zionistische Öffentlichkeit noch zurückkommen müssen wird. Da kann man lernen, wie eine Minorität, die Moslems, welche zur eingeborenen Bevölkerung etwa in derselben Proportion stehen, wie die Juden in Palästina zu der arabischen Bevölkerung daselbst, ihre Forderungen zu stellen wissen, offen, klar und mutig, also mit Eigenschaften, die die zionistische Politik im letzten Dezennium nicht für sich in Anspruch nehmen konnte.

Die verflorenen Monate seit August 1929 haben also die politische Ohnmacht der Zionistischen Exekutive bloßgelegt, und eine Umorientierung im Zionismus zur Folge gehabt, die heute noch nicht beendet ist. Der 17. Kongreß wird dieser Entwicklung Genüge tun müssen. Es ist daher patriotische Pflicht aller positiv eingestellten und das Neue erkennenden Elemente im Zionismus, sich für diese Entscheidung einzusetzen. Der kommende Kongreß kann die politische Bedeutung eines Parlaments nur dann erlangen, wenn er Ausdruck der heute herrschenden Meinung im Zionismus ist. Deshalb müßte an Stelle einer Enquête die Einberufung erfolgen. Deshalb bedeutet auch die zweite Frage dieser Enquête, ob der kommende Kongreß ein ordentlicher oder ein außerordentlicher sein soll, ein völliges Verkennen der Situation. Die Umstände haben seine Form bestimmt, daß er ein Kongreß im Lichte der Geschehnisse seit August 1929 sein muß.

Der 17. Kongreß kommt, weil er kommen muß. Das Ringen um denselben ist das letzte Aufflackern eines verlöschenden Lichtes. Der Kongreß wird die Unklarheit beenden müssen; deshalb harren wir seiner unwägenden Entscheidungen.

Werben Sie bei Ihren Bekannten für das Allgemeine Jüdische Familienblatt!

Oder nehmen wir z. B. den berühmten Forscher Vallier, der es sich in den Kopf gesetzt hat, mit einer Rakete durch die Luft zu sausen. Vor kurzem ist er von seiner eigenen Rakete getötet worden und hat vielleicht mit seinem Tode sieben Menschen das Leben gerettet. Die utopistische, völlig unpraktische Forschung Valliers war ein weiterer Beweis, zu welchen Mitteln der Mensch greift, nur um seine Langeweile zu verbannen. Man könnte Tausende solcher Beispiele anführen, um zu beweisen, was die Langeweile im Kopfe eines Menschen anrichten kann.

Was mich betrifft, so habe ich als Erwachsener die Wissenschaft niemals auf gefährlichem Terrain betrieben. Meine jetzigen Forschungen sind harmlos und unschädlich und wenn sie auch der Wissenschaft keinen Gewinn bringen, so schaden sie ihr wenigstens nicht. Auf diese Weise bringt meine ab und zu auftauchende Langeweile kein Unglück. Schon Smiles hat gesagt:

„Der Müßiggang, nicht die Arbeit, ist der Fluch des Menschen.“

Was meine Ansicht bestätigt, daß falsch betriebener Müßiggang die Quelle vielen Unglücks ist. Und was wir Klassiker sagen, hat stets Hand und Fuß.

Meine jüngste Forschung, — um endlich zur Sache zu kommen — meine jüngste Forschung hat einen besonderen Reiz dadurch, daß sie aktuell ist. Sehr aktuell ist, nicht wahr? — das Hakenkreuz. Was ist das Hakenkreuz? Was ist seine Bedeutung? Woher kommt es? Darüber weiß die Wissenschaft Bescheid. Bloß die Hakenkreuzler haben keine bloße Ahnung, was das Ding ist, das sie am Rocke tragen. Das Hakenkreuz ist keine Erfindung Hitlers, auch nicht Goebbels. Das Hakenkreuz ist, nach Professor Heinrich Driesmann, ein Werkzeug, womit die Urmenschen der älteren Steinzeit Feuer geschlagen haben. Und zwar derart: Der Kreuzpunkt der beiden Stäbchen hatte eine kleine Vertiefung, in die ein Docht eingeführt wurde. Durch die Rotierung mit den Händen wurden Funken erzeugt, die durch bereitliegenden Zündstoff aufgefangen wurden. Alsdann wurden die Flammen mit Fett genährt und die auflodernde große Flamme hieß das „göttliche Feuer“, das die Urmenschen, die damaligen Hakenkreuzler, anbeteten. Professor Driesmann schreibt dann wörtlich: „Wir finden das Feuerkreuz auf den vorhistorischen Denkmälern nahezu aller Urvölker in Form des einfachen Kreuzes und des Hakenkreuzes, das eine weiter ausgebildete Form dieses Feuerwerkzeuges darstellt.“

Der Sanskritname für dieses Hakenkreuz ist „Swastika“, und unter dieser Bezeichnung hat es in der Archäologie Bürgerrecht erhalten...“

Wir sehen also, daß unsere Völkischen im Zeichen der wilden Urmenschen kämpfen, weshalb wir es nunmehr verstehen, wenn wir die Art sehen, mit der unsere Hakenkreuzler, die Träger der „Swastika“, jenen Urzustand der Menschen herbeiführen wollen. Der Urzustand des Menschen war: Gewalt und Chaos. In der Steinzeit haben die Hakenkreuzler mit Steinäxten gekämpft, heute machen sie es mit Bleikugeln und Dolchen.

Das Ergebnis meiner Forschung ist schnell zusammengefaßt: Der ewige Kreislauf der Dinge hat uns der Steinzeit näher gebracht: die „Swastika“, dieses Feuerzeug des tierischen Urmenschen ist wieder da!

Nunmehr ist unsere Langeweile verscheucht und wir wenden uns der von Gott dem Menschen auferlegten Arbeit zu, eingedenk des Spruches des seligen Bodenstedt:

„Arbeit, edle Himmelsgabe, zu der Menschheit Heil erkoren, nie bleibt ohne Trost und Labe, ver sich deinem Dienst geschworen.“

Die jüdische Volkspartei

Mitteilungsblatt der J. V. P. in Dresden / Von Dr. M. Schönstein

Eine jüdische Gemeinde ohne Verwaltung / Ernste Krise in der Dresdener Gemeinde

Ein im jüdischen Gemeindeleben wohl einzig dastehender Fall hat sich in der Dresdener Gemeinde ereignet: zwei Vorsteher und sieben Gemeindevorordnete haben gemeinsam ihre Mandate niedergelegt. Da der Gemeinderat im ganzen aus zwanzig Mitgliedern besteht und zu seiner Beschlussfähigkeit satzungsgemäß die Anwesenheit von mindestens vierzehn Mitgliedern erforderlich ist, ist der Gemeinderat somit dauernd beschlußunfähig geworden und die Gemeinde zur Zeit ohne gesetzliche Vertretung.

Bei der Ungewöhnlichkeit dieses Schrittes ist man zunächst versucht zu vermuten, daß es sich um einige jugendliche Hitzköpfe handelt, die im Affekt alle Schranken und Hemmungen durchbrochen haben, um ihren Willen durchzutrupfen; allein schon die große Zahl der Unzufriedenen widerlegt diese Vermutung; dazu kommt, daß die Männer, die an der Spitze dieser Bewegung stehen, durchweg über die Sechzig, der Wortführer nahe den Siebzig, ein Mann von tiefer jüdischer und allgemeiner Bildung ist und es sich durchweg um ruhige, ernste und besonnene Männer handelt, die monatelang diesen Schritt reiflich erwogen haben und sich ihrer großen und schweren Verantwortung voll bewußt sind.

Fügt man noch hinzu, daß diese Gemeindevorordneten und Vorsteher durchweg erst vor einhalb Jahren gewählt worden sind und mit freudigem Eifer an ihre Amtstätigkeit gegangen sind, so versteht man ohne weiteres daß es sehr ernste und sehr wichtige Gründe gewesen sein müssen, welche sie trotz ihres reifen Alters, ihres tiefen Verantwortungsgefühls und ihrer Liebe zur Gemeinde und zum Amt zu einem so außergewöhnlichen und folgenreichen Schritt gezwungen haben.

Die letzten und zutiefstliegenden Gründe hat der Wortführer der JVP, Gv. Weinreich, in seiner ausgezeichneten Rede in der Sitzung vom 11. d. M. in treffender Weise mit folgenden Worten bloßgelegt:

„Unser Kampf gilt keineswegs dem Liberalismus als solchem. Denn auch er bekennt sich ja zu den Prinzipien unserer Lehre und vor allem unserer Ethik. Die liberale Synagoge unserer Gemeinde wurde vor 90 Jahren eingeweiht mit einer Predigt, deren Text lautete: „Liebet den Fremden, liebet den Nächsten“. — Wenn die liberalen Machthaber nach diesem Grundsatz handeln würden, gäbe es keinen Streit und keinen Kampf!

Unser Kampf gilt ausschließlich jenen Liberalen, welche auch diese grundlegende Forderung jüdischer Ethik mißachten, welche sich hinwegsetzen über einen so wichtigen Rechtsgrundsatz unserer Lehre wie diesen: „Eine Lehre und ein Recht gelte für euch und für den Fremden, der sich bei euch aufhält.“ — Es ist eine Grundlehre des Liberalismus, daß es die Mission des Judentums sei, seine Ethik der ganzen Menschheit zu vermitteln. Müßten wirklich Liberale mit dieser Mission nicht zunächst in ihrer eigenen Gemeinde beginnen, anstatt eigene Glaubensgenossen von den Segnungen dieser Ethik auszuschließen?

Unser Kampf gilt jenen Liberalen, denen ihr Liberalismus ausschließlich als Deckmantel für grenzenlosen Indifferentismus und fortschreitende Assimilation dient. Und gerade diese Art von Liberalen ist es, die seit Jahrzehnten unsere Gemeinde beherrschen, welche tatenlos zusehen, wie der Besitz an jüdischen Werten, der Zusammenhang mit religiöser Ueberlieferung, die Verbundenheit mit unserer Vergangenheit und unserem Volkstum von Jahr zu Jahr geringer wird; wie die jüdische Erziehung große Teile unserer Jugend vernachlässigt und diese dem Judentum entfremdet wird...

Wir aber — die Männer der JVP — wollen, daß das Judentum auch in unserer Gemeinde wieder auflebe und ungeschwächt fortbestehe. Darum fordern wir Gleichberechtigung aller Richtungen und aller Mitglieder der Gemeinde!

Mit der Lösung der Wahlrechtsfrage im Sinne des Judentums und im Geiste der Gerechtigkeit wird gleichzeitig entschieden über Wiedergeburt oder fortschreitenden Verfall, über Belebung oder Erschlaffung des Judentums in unserer Gemeinde. Sie haben jeden der berechtigten Wünsche des positiven Judentums, um derentwillen wir in so großer Zahl in den Vorstand und Gemeinderat delegiert wurden, sabotiert. Was dem positiven Judentum Herzenssache ist, ist ihnen Nebensache. Was mit Kultur, Erziehung, Lebensweise des positiven Judentums zusammenhängt, erscheint ihnen gleichgültig und belanglos.

Darum haben wir es herzlich satt, weiter hiezusitzen lediglich als dekorative Figuren, als Staffage für eine Verwaltung, die gegen unsere Ueberzeugung und gegen unser Gewissen geht, ohne Hoffnung, auch nur den bescheidensten unserer berechtigten Wünsche jemals erfüllt zu sehen. Wir haben es herzlich satt, immer nur der Amboß zu sein, auf dem sie nach Gutdünken herumhämmern. Wir wol-

len einmal auch selber den Hammer schwingen, nicht, um ihrem schlechten Beispiel folgend, ihre Rechte auch nur im geringsten zu schmälern, sondern lediglich um, unserer Zahl und unserem Recht entsprechend, auch unser Judentum nach unserem Herzen zu formen!...

Also: Mangel an jüdischem Geist, Indifferentismus, Assimilationsucht — das sind die letzten Wurzeln, aus denen die mannigfachen Uebel emporgewachsen sind, welche die Atmosphäre in der Gemeindestube für positiv eingestellte Juden unerträglich machen. Es ist die Atmosphäre, wie sie vor 20—30 Jahren in vielen liberalen Gemeinden geherrscht hat. In den meisten dieser Gemeinden aber hat die vom Zionismus angebahnte Renaissance des Judentums einen frischen Luftzug gebracht, der auch auf den dem Absterben nahen Liberalismus seine belebende Wirkung geübt hat. An dem Liberalismus der Dresdener Gemeindestube aber ist diese ganze Renaissancebewegung spurlos vorbeigegangen und man verschließt sich noch heute luftdicht jedem noch so zarten Hauch dieser Bewegung. Man kann oder will nicht sehen, daß dieser bequeme, sich selbst aufgebende Geist der Resignation aus der Zeit der Jahrhundertwende denen, welche die wunderbare Wiedergeburt des letzten Menschenalters freudig miterlebt und mitgelebt haben und sich voll und ganz von dem Geist des neu erwachten Judentums haben durchdringen lassen — als ein Monstrum, als ein Gespenst aus längst vergangener Zeit erscheinen muß, als ein Geist, der bestenfalls in ein Museum alter Kuriositäten gehört, im lebendigen Leben des neuen Judentums aber keinen Platz mehr haben kann.

Unjüdische israelitische Gemeinden gehören — glücklicherweise — einer traurigen und wenig ruhmvollen Vergangenheit an, in der Gegenwart wirken sie störend und unerträglich, wie ein häßlicher Fleck auf einem schönen Gemälde.

Und die Verwaltung der Dresdener Gemeinde, wie sie jetzt ist, ist unjüdisch durch und durch. Unjüdisch in ihrem religiösen Leben, in ihrem Wahlrecht, in ihrer ganzen Auffassung von jüdischen Belangen.

Bevor wir dies mit einigen aufs Geratewohl gewählten Beispielen belegen, sei zunächst festgestellt, daß die am 20. Januar 1929 gewählten Vertreter der JVP ihr bestes getan haben, um ihren guten Willen, gemeinsam mit den Liberalen für das Wohl der Gemeinde zu arbeiten, durch die Tat zu bekunden. Durch die schlechte Finanzwirtschaft der Liberalen war die Gemeinde damals in große Not geraten: ihr Bankkredit war stark überschritten und infolgedessen recht plötzlich gesperrt worden. Vom Standpunkt einer Oppositionspartei wäre die JVP in ihrem guten Recht gewesen, zu den Liberalen zu sagen: „Ihr habt diese Misere verschuldet — helft euch selbst!“ Weit entfernt davon, einen solchen Standpunkt einzunehmen, machten unsere Vertreter den Vorschlag, die Finanzen durch eine innere Anleihe bei den Mitgliedern der Gemeinde zu sanieren. Der Vorstand nahm diesen guten Gedanken freudig auf und blieb ausnahmsweise fest, als einige liberale Heißsporne auch diesen Vorschlag, als von der VP kommend, sabotieren wollten.

Die Vertreter der JVP stellten aber nicht nur den Antrag, sondern führten denselben auch sofort durch. In kürzester Zeit schafften sie von einigen Gemeindegliedern Darlehen in der Höhe von ca. 40 000 Mark, und zwar ausschließlich von Mitgliedern und Freunden der JVP — nicht ein Liberaler hat sich an dieser Sanierungsaktion beteiligt!

In der GR-Sitzung vom 25. September stand als dritter Punkt auf der Tagesordnung: „Ausprache über die vom Vorstand eingeleitete Finanzaktion“. Der Vorsitzende aber tat diesen Punkt mit der Bemerkung ab, die Aktion sei noch nicht abgeschlossen (sic!), die Sache sei also noch nicht spruchreif! Damit war diese Angelegenheit ein für allemal erledigt, sie wurde niemals besprochen, es wurden weder die verdienstvollen Antragsteller und Vollstrecker dieser Aktion jemals genannt, noch die Genehmigung des GR eingeholt, noch den opferwilligen Gemeindegliedern ein Dank ausgesprochen! Es waren ja eben unglücklicherweise Mitglieder der JVP, denen man hätte Dank und Anerkennung aussprechen müssen, und das mußte unter

allen Umständen vermieden werden. Dank dieser Opferwilligkeit der bösen Ostjuden, die sich auch schon während der Inflation als Retter der Gemeinde aus Finanznot erwiesen hatten, wurde die Gemeinde aus einer peinlichen Situation befreit — ihre rettende Tat aber wurde und wird einfach — totgeschwiegen!

Als die JVP die Broschüre „Das Wahlrecht in den jüdischen Gemeinden Sachsens“ herausgegeben hatte, worin der Verfasser unter anderem den Nachweis führte, daß die in den sächsischen Gemeinden geübte Unterscheidung zwischen deutschen und ausländischen Juden „in offenkundigem Widerspruch mit dem jüdischen Recht und dem jüdischen Sittengesetz steht, daß sie im vollen Sinne des Wortes unjüdisch sei“, replizierte der Vorsteher der Dresdener Gemeinde in offener Gemeinderatssitzung: „Für uns ist die Frage nicht, ob dieses Wahlrecht jüdisch oder unjüdisch ist, sondern lediglich, ob es der Gemeinde nützt oder schadet; die Einführung des gleichen Wahlrechts für In- und Ausländer würde der Gemeinde schaden, also lehnen wir es ab! Klarer und offener kann der unjüdische Geist wohl kaum zum Ausdruck gebracht werden!“

Mit dem Schaden, der angeblich aus der Einführung eines gerechten Wahlrechts für die Gemeinde entstehen würde, zielt der Redner auf die angebliche Drohung einiger Höchstbesteuerten, aus der Gemeinde auszutreten, falls das gleiche Wahlrecht eingeführt würde. Die Drohung mit dem Austritt einiger Millionäre schwebt allerdings schon seit vielen Jahren über der Gemeinde und auch sie ist ein Beweis dafür, wohin das liberale Regime in Dresden geführt hat. Es sind namentlich Gemeindeglieder aus den besten liberalen Kreisen, welche mit dieser immer wiederholten Drohung schon seit vielen Jahren eine gesunde Finanzpolitik der Gemeinde verhindern und sie schon während der Inflation in schwere Notlagen gebracht haben, indem man aus Furcht vor der Verwirklichung dieser Drohung nicht wagte, die Steuern der fortschreitenden Geldentwertung anzupassen. Die Drohung hat aber in Wirklichkeit mit dem Wahlrecht nichts zu tun. Was jene Höchstbesteuerten wollen, ist lediglich ein sehr wesentlicher Steuernachlaß; dieser ist ihnen bisher auch, sehr zum Schaden der anderen Steuerzahler, gewährt worden; dagegen ist es diesen Herren selbstverständlich ganz gleichgültig, ob im Gemeinderat naturalisierte Ausländer sitzen, wie dies jetzt der Fall ist, oder auch einige nichtnaturalisierte, was die einzige Folge der Einführung des gleichen Wahlrechts wäre.

Unjüdisch ist das jetzt geltende Wahlrecht aber auch noch aus einem anderen als dem oben angeführten Grunde. Zwingt man nämlich die Liberalen, ihre Gründe für die Ablehnung des gleichen Wahlrechts anzugeben (freiwillig tun sie das im Bewußtsein der Schwäche ihrer Argumentation niemals), so erhält man in verschiedenen Variationen immer die eine Antwort: Der deutsche Charakter der Gemeinde muß gewahrt werden. Durch den Eintritt von Ausländern in den Gemeinderat oder gar in den Vorstand würde dieser deutsche Charakter gefährdet werden. Noch aber hat kein Liberaler zu sagen vermocht, worin dieser deutsche Charakter der jüdischen Gemeinde besteht. Es ist dies auch unmöglich zu erklären, da eine jüdische Gemeinde ebensowenig wie eine katholische oder evangelische mit Deutschland, Politik oder militärischen Angelegenheiten das geringste zu tun hat. Deshalb fällt es auch keiner dieser religiösen Gemeinschaften ein, einen Unterschied zwischen deutschen und ausländischen Gemeindegliedern zu machen.

Will man aber durchaus in dieser Argumentation der Liberalen irgendeinen Sinn finden, so kann es ja nur der sein, daß deutsche Juden zu ihren ausländischen Glaubensbrüdern sagen: Ihr seid Fremde, ihr habt eine andere Kultur als wir, andere Lebensanschauungen, die die unsrigen ungünstig beeinflussen würden, wenn ihr an der Verwaltung unserer Gemeinde teilnehmen würdet!

Damit aber ist man bei einer Argumentation angelangt, welche nicht mehr bloß unjüdisch, sondern ausgesprochen antisemitisch ist; denn wörtlich daselbe sagt ja Hitler von den deutschen Juden!

Aber noch von einem anderen Gesichtspunkt aus leistet dieser „liberale“ Standpunkt antisemitischen

Herren-Hüte u. Mützen
Niedrigste Gruppenpreise



Julius Müller
Petersstr. 30 / Schillerstr. 25
und Leipzig-Gohlis, Hallische Str. 87—89

Bitte beachten Sie meine Neueröffnung
Sieben Schaufenster
Schillerstraße
Ecke Universitätsstr. 26
Größtes Herrenhut-Geschäft Leipzigs

Gedanke... gigen V... gende... Wunsch... lassen;... hindert... Fällen;... für ihre... lage ma... von der... In Dr... sitzen... Vorstan... Wahlen... man mu... Mensch... Einbü... geteilt... und Le... haben?... vernein... die Lib... eingesch... nicht sc... tatsächl... gerecht... abwäz... Dage... dem Fr... bringen... Bewillig... die gan... zu 10)... ralen u... wäre e... Partei... Stimme... diesen... nach R... Vorschl... tion au... recht d... und bil... Machth... für 20)... boten,... üben k... Mit F... den Lil... sachen... ralismus... der Lib... Diese... passiv... durch d... Steuerl... die gel... der reli... in dies... in eine... nur an... Einer... einer S... Hak... Be r... am 21... den A... schen... verbote... lich d... sie glo... und a... erblick... schleie... zerhan... die tr... der Pl... Wie... Rechts... Haken... nachh... von e... dem k... des H... formv... darste... lieferu... entlas... Go... Zeitsc... beten... das d... niert... vorste... weiter... wünsch... grom... selbst... serer... Dar... schrie... sozial... politi... Für... der S...

Gedankengängen Vorschub: Jeder, der die einschlägigen Verhältnisse kennt, weiß, daß die überwiegende Mehrzahl der ausländischen Juden den Wunsch hat, sich in Deutschland einbürgern zu lassen; nur der stetig zunehmende Antisemitismus hindert die Erfüllung dieses Wunsches in sehr vielen Fällen; und diesen Antisemitismus und die daraus für ihre eigenen Glaubensbrüder entstehende Notlage machen liberale Juden sich zunutze, um jene von der Verwaltung der Gemeinde auszuschließen!

In Dresden liegt die Sache noch überdies so: Es sitzen heute schon 9 naturalisierte Ausländer im Vorstand und Gemeinderat, und die kommenden Wahlen dürften ihre Zahl auf 11 oder 12 erhöhen; man muß nun fragen: Glaubt irgendein vernünftiger Mensch, daß diese naturalisierten Ausländer mit ihrer Einbürgerung über Nacht ihre angeblich andersgeartete Kultur, ihre religiösen Lebensanschauungen und Lebensgewohnheiten von Grund auf geändert haben? Verneint aber diese Frage — und sie muß verneint werden —, dann ist ohne weiteres klar, daß die Liberalen de facto mit der Bewilligung des uneingeschränkten Wahlrechts nichts verlieren, was sie nicht schon verloren haben, daß sie aber ohne ein tatsächliches Opfer das häßliche Odium der Ungerechtigkeit und unjüdischer Gesinnung von sich abwälzen könnten.

Dagegen war und ist die JVP bereit, ihrerseits dem Frieden der Gemeinde ein großes Opfer zu bringen, indem sie den Liberalen für den Fall der Bewilligung des uneingeschränkten Wahlrechts für die ganze nächste Wahlperiode den status quo (10 zu 10) mit jährlich wechselndem Vorsitz eines Liberalen und eines Volksparteilers angeboten hat; das wäre ein Zustand des Gleichgewichts, der jeder Partei für je ein Jahr eine Majorität von einer Stimme sichern und beide Parteien lehren würde, diesen Gleichgewichtszustand zu respektieren und nach Recht und Billigkeit zu walten. Dieser loyale Vorschlag, den der Vorsitzende der liberalen Fraktion ausgezeichnet fand, und den sicher jedes gerecht denkende liberale Gemeindeglied als recht und billig erkennen wird, wurde von den liberalen Machthabern abgelehnt, und es wurden der VP dafür 20 Prozent ausländischer Gemeinderäte angeboten, als ob man Gerechtigkeit nach Prozenten üben könnte!

Mit Recht rief der Gemeindevorsteher B o c h n e r den Liberalen angesichts dieser beschämenden Tatsachen zu: „Besteht denn wirklich Ihr ganzer Liberalismus nur im Kürzen von Gebeten — wo bleibt der Liberalismus der Tat?“

Diesem unjüdischen, ungerechten, erreaktionären passiven Wahlrecht, das noch verschlimmert wird durch die Abhängigkeit des aktiven Wahlrechts von Steuerleistung und Karenzzeit, entspricht denn auch die ganze übrige Verwaltung und die Behandlung der religiösen Belange der ausländischen Juden; was in dieser Beziehung gesündigt worden ist, läßt sich in einem Zeitungsartikel nicht schildern, sondern nur an wenigen Beispielen in Kürze andeuten.

Einer der liberalen Gemeinderabbiner klagt in einer Sitzung darüber, daß sich bei Armenbegräb-

nissen nicht einmal Minjan aufbringen läßt, um Kadisch sagen zu können; daraufhin melden sich ca. 30 Gemeindeglieder zur Aufnahme in die aus 17 — siebzehn — Mitgliedern bestehende Chevra Kadischa; die meisten von ihnen verpflichten sich, nicht nur an der Leichenbegleitung, sondern auch an der Tahara aktiv teilzunehmen; sie werden ohne Begründung abgewiesen. Nach der Satzung der Chevra hat der Gemeinderat die Ueberwachung der Chevra u. a. mit Bezug auf genaue Erfüllung der Bestimmungen der Satzung; die Ablehnung der erwähnten Mitglieder widerspricht eklatant den einschlägigen Bestimmungen der Satzung; die Fraktion der JVP führt Klage beim GR; dieser verlangt Einberufung einer Generalversammlung, und bei dieser tritt der Vorsteher der Gemeinde — das Ueberwachungsorgan! — mit lächerlichen Gründen als Verteidiger der Satzungsverletzung auf, die anwesenden Mitglieder der VP werden — wie immer — überstimmt, und es bleibt bei der Abweisung der angemeldeten Mitglieder! Man hindert also diese Mitglieder an der Erfüllung einer der wichtigsten religiösen Pflichten, läßt diese gegen den klaren Wortlaut der Satzung auch weiterhin von bezahlten Kräften ausführen! Ist das nun jüdisch oder unjüdisch??

Ein anderes Beispiel: Das im Januar vorgelegte Budget weist als Einnahme für das Jahr 29 aus den Schächtegebühren einen Betrag von ca. 4000 M. auf; da der Voranschlag für 1930 ein größeres Defizit aufweist, sucht man nach Mehreinnahmen und beschließt ohne weiteres eine Verdopplung der Schächtegebühren; eine Erhöhung des Steuerprozents wagt man nicht aus Furcht vor der oben erwähnten Drohung einiger Höchstbesteueter — gegen eine Besteuerung der koscher lebenden, zum großen Teil armen Gemeindeglieder hegt man keinerlei Bedenken — ist das jüdisch?

Bei dieser Gelegenheit ergaben sich aber Umstände, die den liberalen Herren einen dicken Strich durch ihre Rechnung machten und gleichzeitig die ganze Unzulänglichkeit ihrer Finanz- und Kassengebarung aufdeckten. Der Vorsitzende der JVP wies nämlich an der Hand einer einfachen statistischen Berechnung nach, daß die angegebene Einnahme von 4000 M. aus den Schächtegebühren unmöglich stimmen könne, und daß tatsächlich ungefähr das Doppelte vereinnahmt worden sein müsse! Diese Berechnung wurde anfänglich auf das entschieden bestritten, mußte aber nach und nach als richtig anerkannt werden, wobei allerdings im Laufe von 8 Tagen nacheinander drei stark divergierende Einnahmesummen angegeben wurden; ganz ist diese Angelegenheit bis heute nicht aufgeklärt, weder die wirkliche Einnahmesumme, noch die Frage, wie bei einem verhältnismäßig so kleinen Posten eine so große Differenz entstehen konnte. Es stellte sich bei dieser Gelegenheit weiter heraus, daß Einnahmen und Ausgaben ohne Kontrolle durch eine zweite Person von ein und demselben Beamten übernommen bzw. ausgefolgt und gebucht werden! Die Vertrauenswürdigkeit des betreffenden Beamten wird nicht bezweifelt — aber ist das eine

Kassengebarung für eine Gemeinde mit einem Budget von weit über einer Viertelmillion? Und dabei wird in ganz satzungswidriger Weise durch einen Vorstandsbeschuß den Gemeindeverordneten die Einsichtnahme in die Akten und Unterlagen erschwert, ja nahezu unmöglich gemacht!

Der Gemeindegottesdienst nach altem Ritus ist in einem unzulänglichen Lokal untergebracht, in welchem er schweren Störungen ausgesetzt ist; nach vielen Bemühungen gelingt es der orthodoxen Kultuskommission, ein in jeder Beziehung geeignetes selbständiges Lokal ausfindig zu machen; durch seine Ermietung ergäbe sich eine jährliche Ersparnis von ca. zweieinhalbtausend Mark allein an Miete, außerdem die Möglichkeit durch Einziehung der bezahlten Minjarmänner weitere siebentausend Mark zu ersparen. Der diesbezügliche Vorschlag aber wird von den Liberalen sabotiert, u. a. dadurch, daß man es ablehnt, den Vorsitzenden der orthodoxen Kultuskommission zwecks Erteilung ausschlaggebender Informationen der Beratung der Finanzkommission zuzuziehen und dadurch den letzten Termin für die Ermietung des betr. Lokals verstreichen läßt! Kann angesichts dieser jederzeit erweisbaren Tatsachen noch von einem Verantwortungsgefühl der maßgebenden Personen die Rede sein?

Selbst der Verwaltungsapparat ist unjüdisch: Die drei wichtigsten Stellen im Gemeindeamt (Bürochef, Kassierer, 1. Kontordame) werden von Nichtjuden verwaltet! Damit soll gegen die Person dieser drei Beamten selbstverständlich nicht das geringste gesagt sein; ihre Tüchtigkeit und ihr Pflichtbewußtsein wird als gegeben unterstellt. Aber spricht es nicht Bände über den Geist einer jüdischen Gemeinde, wenn sie in einer Zeit, wo fortgesetzt von einer speziell jüdisch-wirtschaftlichen Not gesprochen werden muß, wo Hunderte von religiösen jungen Leuten ohne Existenzmöglichkeit sind, weil sie den Sabbat halten wollen, drei sabbatfreie und gutdotierte Stellen ihres Gemeindekontors den eigenen Glaubensgenossen entzieht? Wäre es denkbar, daß eine katholische oder evangelische Gemeinde Juden in ihrem Gemeindekontor anstellen würde?

Ein gleiches gilt von dem Synagogenchor: Nichtjüdische Sänger und Sängerinnen vertreten die jüdische Gemeinde — der Chor repräsentiert ja doch die Gemeinde beim Gottesdienst! — Man war infolge der schlechten Finanzwirtschaft der Liberalen genötigt, Kontor- und Chorporsonal abzubauen — für die Liberalen war es selbstverständlich, daß in erster Reihe jüdische Kräfte abgebaut wurden; als man aber auch einen der nichtjüdischen Choristen zeitweise kündigen mußte, erging sich dieser in der Synagoge in wüsten antisemitischen Beschimpfungen!

Nimmt man noch hinzu, daß selbst die Satzung und die Bestimmungen der Geschäftsordnung dort, wo es den Liberalen paßt, einfach ignoriert oder in ihr Gegenteil verkehrt werden, daß bis heute z. B. gegen die klare Bestimmung der Satzung ein Rechnungsabschuß für das Jahr 1929 oder ein Jahresbericht noch nicht vorliegt, daß der Vorstand, der lediglich Exekutivorgan ist, in vielen und sehr wichtigen Fällen Beschlüsse gefaßt hat, die ausschließlich dem Gemeinderat zustehen, so dürfte das genügen, um ein Bild von einer Verwaltung zu geben, wie sie nicht sein soll und nicht sein darf, und man wird nach dieser durchaus objektiven Darstellung sicher verstehen, daß Männer, die vom Geist des positiven Judentums durchdrungen sind, Männer von erstem Verantwortungsgefühl diese Art von Verwaltung auf die Dauer nicht mitmachen konnten, und daß ihnen angesichts der fortgesetzten Majorisierung, angesichts der Akte persönlicher Gehässigkeit gegen politische Gegner, angesichts der Ablehnung ihres loyalen Kompromißvorschlages und — last not least — angesichts der terroristischen Drohung der Liberalen, eine Abstimmung durch Verlassen des Sitzungssaales zu verhindern, weil sie zum ersten Male in der Minorität waren — man wird verstehen, daß unter diesen ganz abnormen Verhältnissen kein anderer Weg blieb als die Niederlegung der Mandate!

Sache der Liberalen wird es sein, aus dieser selbstverschuldeten Situation einen Ausweg zu finden, der die Gemeinde vor ernstem Schaden bewahrt; es gibt zunächst nur zwei Wege: Neuwahlen oder Wiederaufnahme der von den Liberalen abgebrochenen Verhandlungen. Der geschäftsführende Vorsteher steht vorläufig auf dem Standpunkt, daß er ohne gesetzliche Verwaltung die Geschäfte bis zum neuen Budget weiterführen kann — wir glauben nicht, daß es ihm damit ernst ist, da ein solches Vorgehen wohl auch seinen eigenen Gesinnungsgenossen klarmachen würde, daß er eine sehr unzeitgemäße Diktatur auszuüben versucht, außerdem aber in diesem Falle sehr bald ernste und unübersehbare Folgen eintreten würden, für welche die Verantwortung zu tragen nicht leicht fallen dürfte. Es ist daher zu hoffen, daß sich auch in den Reihen der Liberalen die besonnenen Elemente endlich werden Gehör verschaffen können; wir sind überzeugt, daß es selbst in der liberalen Fraktion gerechdenkende Männer gibt, welche die Forderungen der VP als berechtigt anerkennen — der Vorsitzende selbst hat ja den Vorschlag der VP als durchaus loyal anerkannt, wurde aber von den radikal-ungerechten Elementen offenbar überstimmt; noch wichtiger aber ist, daß anwesene liberale Gemeindeglieder schon jetzt ihre Verwunderung darüber ausgesprochen haben, daß ein so annehmbarer Vorschlag wie der der JVP von der Fraktion abgelehnt wurde; also: Die bessere Einsicht ist auf dem Wege — wir hoffen und wünschen, daß sie siegt!

Neues aus aller Welt

Hakenkreuz in Berlin verboten

Berlin. Der Polizeipräsident weist in einer am 21. Juni erlassenen Verfügung darauf hin, daß den Angehörigen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei das Tragen des Hakenkreuzes verboten ist. Die Nationalsozialisten hatten nämlich das Uniformverbot dadurch umgangen, daß sie gleichmäßig weißes Hemd und dunkle Hosen und auf der Brust das Hakenkreuz trugen. Hierin erblickte der Polizeipräsident gleichfalls eine verschleierte Uniformierung und verbot deshalb kurzerhand das Tragen des Hakenkreuzes. Abzeichen, die trotz des Verbots getragen werden, sind von der Polizei einzuziehen.

Wie aus Kassel telegraphiert wird, wurde der Rechtsanwalt Dr. Roland Kreißler, der mit dem Hakenkreuz auf der Robe im Gerichtssaal erschien, nachher auf dem Korridor des Gerichtsgebäudes von einem Kriminalbeamten festgenommen und dem Polizeipräsidenten zugeführt, weil das Tragen des Hakenkreuzes einen Verstoß gegen den Uniformverbot-Erlass des preußischen Innenministers darstellt. Nach seiner Vernehmung und nach Auslieferung des Abzeichens an die Polizei wurde er entlassen.

Goebbels droht mit Pogromen. Berlin. In der Zeitschrift „Der Angriff“ des Reichstagsabgeordneten Dr. Goebbels wird gegen das Uniformverbot, das die preußische Regierung erlassen hat, polemisiert. Der „Kampf aller gegen Alle“ wird als bevorstehend angekündigt. Dann heißt es wörtlich weiter: „Wenn es dabei zu von uns nicht gewünschten und bisher verhinderten Judenpogromen kommen sollte, so hat uns die Regierung selbst die Möglichkeiten geraubt, die Disziplin unserer Anhänger zu gewährleisten.“

Dazu bemerkt das „Berliner Tageblatt“: „Wir schrieben schon kürzlich, der von den Nationalsozialisten geübte oder angedrohte Terror sei keine politische, sondern eine Angelegenheit der Polizei. Für die zitierte Auslassung wird sich wohl auch der Staatsanwalt interessieren.“

Salman Rubaschow in Genf. Genf. Das Mit-suchender aus politischen Gründen gekommen sei, glied der Exekutive der Histadruth Haowdim in Palästina und Redakteur des „Dawar“, Salman Rubaschow, weilte einige Tage in Angelegenheit der hier soeben begründeten Liga in Genf und traf bei dieser Gelegenheit mit Persönlichkeiten des Internationalen Arbeitsamtes, u. a. auch mit dem Vertreter dieses Amtes in der Mandatskommission, Herrn Weayer, zusammen, denen er Informationen über die Tätigkeit der Arbeiterinstitutionen in Palästina usw. erteilte. Er traf hier auch mit einigen einflussreichen Mitgliedern der britischen Labour Party zusammen.

Der Prager Stadtrat begrüßt den neuen Kultusgemeindepäsidenten Dr. Singer. Prag. In der gestrigen Sitzung des Prager Stadtrates teilte Vizebürgermeister Groß-Prags Dr. A. Stula (Nationaldemokrat) die Wahl des Stadtrates Abg. Dr. Ludwig Singer zum Präsidenten der Jüdischen Gemeinde Prags und des Stadtverordnetenkollegiumsmitglied Dr. E. Kafka zum Präsidialmitglied der Jüdischen Gemeinde mit. Dr. Stula sagte, er handle im Einvernehmen mit dem Stadtrate, wenn er Dr. Singer und Dr. Kafka zu ihrer Wahl beglückwünsche. Diese Wahl biete die Garantie, daß die Jüdische Gemeinde Prags in den Intentionen geleitet werden wird, die den Interessen der Hauptstadt Prag entsprechen. Diese Erklärung wurde vom Stadtrat mit Beifall quittiert. Dr. Singer dankte Dr. Stula und dem Stadtrat für die Kundgebung.

Dein Fenster braucht jetzt

DREDS-Gardinen

Königsplatz - Ecke



Leipzig

Zionisten-Revisionisten

Dienstag, den 1. Juli, 20.30 Uhr, Zusammenkunft im Lokal der Schachabteilung des Bar Kochba, Palast-Café. Neben organisatorischen Fragen wird über die gegenwärtige politische Situation des Zionismus referiert.

Personenstands Nachrichten

Geburten: 10. Juni Nechemias Ihamer Margulies und Thea geb. Alexander, Promenadenstr. 16, einen Sohn „Wolfgang Alexander“.

Trauungen: Am Sonntag, 29. Juni, 15 Uhr, Fräulein Hanni Lunski, Goldhahngäßchen 12/14, mit Herrn Leiser Kosowski, Leipzig.

Todesfälle: 12. Juni Adolf Rotter, Gemeindestraße 27; 13. Juni Abraham Jakob Moskowicz, Berliner Str. 1; 13. Juni Kind Ephraim Oppenheimer, Gottschedstr. 4; 14. Juni Meyer Greenblatt, Gottschedstr. 30; 18. Juni Meier Dziubas, Kurprinzstr. 22.

Hierdurch gestatten wir uns die am Sonnabend, dem 28. Juni 1930, 9 Uhr, in der Synagoge, Otto-Schill-Strasse 4, stattfindende

Barmizwah-Feier

unseres Sohnes **MANFRED** bekannt zu geben
Mortz Fried und Frau
Empfang 12—2 Uhr König-Johann-Str. 27 I

Jüdischer Nationalfonds e. V. (Keren Kajemeth Lej Israel), Leipzig, Keilstr. 4, Tel. 102 11, Post-scheckkonto 53 341.

Spendenausweis: Goldene Bucheintragung Lord Balfour: S. Lehrfreund 5. — Imi-Taschen: H. Sygmand 1,61; Telegramme: Jüd. Volkspartei 1. — Büchsen: N. Weiser 5,04; Ing. Morgenroth 5; Eitingon-Krankenhaus 4,50; Dir. Krotoschin 3,22; R. Giller 3,10; Dr. P. Kohn, Reach, H. Cahn je 3; Frau Dr. Löbl 2,69; Frau Kaplan 2,25; Klau Jakor 2,25; R. Lipschitz 2,10; R. Berger, F. Zölzer, Alkan je 2; J. Werczberger 1,40; Abeles, A. Cohn je 1,20; G. Birnberg 1,08; Baschis 1,05; N. Silberkweit 1,02; Fink, Lenczner, Frau E. Dussenow, Itzigsohn, Bienenstock, B. Laub, Ph. Hecht, N. Goldstein je 1; M. Weinrauch 0,84; Fischer 0,65; J. Ungar 0,54; J. Segel, Kalfuß je 0,50; Geber 0,48; A. Lewin, J. Parnas je 0,40.

Gottesdienstlicher Anzeiger
Gemeinde-Synagoge

Sabbatgottesdienst: Freitag, 27. Juni, Abendgebet 19 Uhr mit Predigt (Rabbiner Cohn); Sonnabend, 28. Juni, Morgengebet 9 Uhr, Nachmittagsgebet 21 Uhr, anschließend Lehrvortrag (Rabbiner Cohn): Jüdische Volksweisheit im Sprichwort des Talmud; Abendgebet 21,32 Uhr.

Morgengottesdienst an Sonn- und bürgerlichen Feiertagen 7,30 Uhr, Werktagen 7 Uhr, Abendgottesdienst 19 Uhr.

Synagoge Ez-Chaim, Otto-Schill-Str. 4.
Freitag, den 27. Juni 1930, abends 19.30 Uhr.
Sonnabend, den 28. Juni 1930, früh 8 Uhr, nachm. 17 Uhr, Ausgang 21.32 Uhr.
Wochentags früh 7 Uhr, abends 19.30 Uhr.

Talmud Thora-Synagoge, Keilstr. 4
Freitag, den 27. Juni 1930, abends 19.30 Uhr.
Sonnabend, den 28. Juni 1930, früh 8.30 Uhr, nachm. 17 Uhr, Ausgang 21.32 Uhr.
Wochentags früh 7 Uhr, abends 19.30 Uhr.

Synagoge „Ohel Jacob“, Pfaffendorfer Straße 4
Freitag abend 19.30 Uhr. Sonnabend früh 8.30 Uhr, Mincha 17 Uhr, Ausgang 21.32 Uhr.
Wochentags früh 7 Uhr, Mincha 19.30 Uhr.

Gottesdienst in der Synagoge Chemnitz
Freitag, 19 Uhr, Gottesdienst, Sonnabend, 8.30 Uhr, Gottesdienst und Thoravorlesung. Täglicher Gottesdienst: Sonntag 8 Uhr, Montag bis Freitag 7.15 Uhr, 19.15 Uhr.

Aus der Geschäftswelt

Die Privat-Auto-Fahrschule von Theodor Schneider, Blumenstr. 53/57, mit seinen über 200 Garagen, 2 Lehrzimmern und erstklassigem Lehrpersonal, eigener Reparaturwerkstatt und Tankstellen usw., ist eines der größten Unternehmen Leipzigs, welches wir bei Bedarf unseren Lesern gern empfehlen. Siehe heutiges Inserat.

Verantwortlich für die Redaktion und Verlag: Jakob Flaschmann, Leipzig, Berliner Straße 56. — Druck: Peuvag, Filiale Leipzig C 1, Czermaks Garten.

RIQUET
Diquet
BITTERE VOLLMILCH SCHOKOLADE
EIN NEUER TYP
VIEL MILCH UND DOCH RASSIG
ZUBA

Marienbad Gottlieb Leitners Restaurant „Goldener Schlüssel“
Franzensbad Grand Restaurant „Fürstenhof“
כשר **Simon Raab** כשר
Streng orthodoxe Küche

POSEIDON BAD
AM ROSENAL
Großes öffentliches Familienbad mit stark eisenhaltigem, gesundem Wasser und prachtvollem Baumbestand / 200 Einzelzellen 10-Meter-Sprungturm Turn- und Spielplatz
Straßenbahnen: 6 und 7 bis Christianstraße, 3, 4, 15, 17, 19 und 25 bis Meßplatz

Privat-Auto-Fahrschule, Großgarage
Theodor Schneider
Leipzig N 22, Blumenstraße 53—57, Tel. 51851
Erstklassiges Lehrpersonal
Eigene Reparaturwerkstatt

BAD TÖLZ
Kurarzt Dr. Levi
Drucksachen
Peuvag-Druckerei
Czermaks Garten 2
Albert Pickardt
Leipzig C 1, Nordstr. 30
Fernsprecher 202 67
Bürsten- und Pinselwaren

Friedrich Müller
LEIPZIG-MARKT 10
empfehlenswert zur Anfertigung schicker Damenmoden zu mäßigen Preisen. Berliner Str. 60 II.

Gummi-Handschuhe u.-Fingerlinge
Gummi-Schürzen und -Stiefel
Schläuche jeder Art
für Färberei- und technische Zwecke liefert als Spezialität
Hans Bamberg, Leipzig C 1
Oranienbaumer Str. 9 Tel. 521 88

Lehrling
für Rauchwaren und Kürschnerei-Sohn, achtbarer Eltern, mit guten Schulzeugnissen gesucht. Vorzustellen bei Benno Sender, Leipzig C 1, Ritterstraße 42

Gut möbl. Zimmer
für kinderloses Ehepaar, evntl. Dame oder Herrn ab 1. Juli zu vermieten.
Zurawel, Yorkstraße 17

Primanerin
erteilt Unterricht in allen Fächern und fremden Sprachen (Latein, Griechisch, Französisch und Englisch). Off. erbeten unter **C 1 760**

Restaurant Manelis כשר
Leipzig C 1, Katharinenstraße
Telephon 149 11
unter Aufsicht des hiesigen orthodoxen Rabbinats der israelitischen Religionsgemeinde. Anerkannt gute und preiswerte Küche. **Gedecke von 1.50 M. an.** Festgedecke für Hochzeiten usw. in und außer dem Hause in jeder Preislage. Biere und Weine von erstklassigen Firmen. Um gütigen Zuspruch bitten
I. Manelis und Frau